

Inhaltsverzeichnis

Blutspendeaktionen Kronen Zeitung vom 09.12.2019 (Seite 37)	Seite 3
Mit Hightech die Erde entgiften Kurier vom 09.12.2019 (Seite 4)	Seite 4
Europameister im Zubetonieren Kurier vom 09.12.2019 (Seite 14)	Seite 6
Katzen an die Leine Kurier vom 09.12.2019 (Seite 20)	Seite 8
Killer auf Samtpfoten: Katzen an die Leine kurier.at vom 09.12.2019	Seite 10
Glyphosatverbot steht auf schwachen Beinen Die Presse vom 09.12.2019 (Seite 17)	Seite 12
Antworten aufs Bauen in den Alpen Salzburger Nachrichten vom 09.12.2019 (Seite L14)	Seite 14
Wort der Woche Die Presse vom 08.12.2019 (Seite 24)	Seite 15
Wie kommt das Salz ins Meer? diepresse.com vom 07.12.2019	Seite 16
Wort der Woche diepresse.com vom 07.12.2019	Seite 18
ANDI 100 – 6. Dezember 2019: Protest gegen rechtsextremen Prof. an Uni Wien, FreeMülkiye, Schweighofer-Hackathon, Konsumverhalten, Links cba.fro.at vom 07.12.2019	Seite 20
Wie kommt das Salz ins Meer? Die Presse vom 07.12.2019 (Seite 31)	Seite 21
Wie nutzt man Land vernünftig? Die Presse vom 07.12.2019 (Seite 32)	Seite 23
Österreichs stärkster Computer nimmt Betrieb auf Die Presse vom 07.12.2019 (Seite 33)	Seite 25
Podiumsdiskussion: Reden wir über unser Wasser Die Presse vom 07.12.2019 (Seite 36)	Seite 26
Die Soja-Bombe Salzburger Nachrichten vom 07.12.2019 (Seite 35)	Seite 27
Wo sind die Schmetterlinge? Salzburger Nachrichten vom 07.12.2019 (Seite UNI6)	Seite 29
WG-Wohnen ohne Schnickschnack Der Standard vom 07.12.2019 (Seite I5)	Seite 31
FOTOALBUM Süddeutsche Zeitung vom 07.12.2019 (Seite 54)	Seite 32
Ist EURATOM zukunftsfähig? Kronen Zeitung vom 06.12.2019 (Seite 20-24)	Seite 34

WWF: Über 5.500 WissenschaftlerInnen fordern starkes EU-Wasserrecht. ots.at vom 06.12.2019	Seite 35
Die Parlamentswoche von 9. - 13. Dezember 2019 ots.at vom 06.12.2019	Seite 36
5.500 Wissenschaftler fordern starkes EU-Wasserrecht orf.at vom 06.12.2019	Seite 38
5.500 Wissenschaftler fordern starkes EU-Wasserrecht orf.at vom 06.12.2019	Seite 39
Studio 2 tv.orf.at vom 06.12.2019	Seite 40
Themenabend zu „Klimawandel und Tourismus“ und BOKU Wien zu Gast im Naturkundemuseum in Graz museum-joanneum.at vom 06.12.2019	Seite 41
Anreise und Unterkunft citizen-science.at vom 06.12.2019	Seite 43
Zukunftsweisendes Gebäudekonzept in NÖ dieoption.at vom 06.12.2019	Seite 45
Österreichs stärkster Computer nimmt Betrieb auf diepresse.com vom 06.12.2019	Seite 47
Woher stammt das Holz? holzkurier.com vom 06.12.2019	Seite 49
60. Österreichische Pflanzenschutztage sbg.lko.at vom 06.12.2019	Seite 50
Die Parlamentswoche von 9. - 13. Dezember 2019 parlament.gv.at vom 06.12.2019	Seite 53
Neuer Supercomputer für die Forschung economyaustria.at vom 06.12.2019	Seite 55
WWF: Über 5.500 WissenschaftlerInnen fordern starkes EU-Wasserrecht. brandaktuell.at vom 06.12.2019	Seite 57
Die Parlamentswoche von 9. – 13. Dezember 2019 brandaktuell.at vom 06.12.2019	Seite 58
WWF: Über 5.500 WissenschaftlerInnen fordern starkes EU-Wasserrecht. top-news.at vom 06.12.2019	Seite 60
Die Parlamentswoche von 9. – 13. Dezember 2019 top-news.at vom 06.12.2019	Seite 62
Wien: Stadt Wien vergibt Wissenschaftlichen Förderpreis 2019 regionews.at vom 06.12.2019	Seite 64
Über 5.500 Wissenschaftler fordern in Erklärung starkes EU-Wasserrecht science.apa.at vom 06.12.2019	Seite 66
Hackathon-Hauptpreis geht an interdisziplinär aufgestelltes Team, darunter drei Forstwirtschaft-Studenten der BOKU science.apa.at vom 06.12.2019	Seite 67

"Kronen Zeitung" vom 09.12.2019 Seite: 37 Ressort: Lokal Wi

Blutspendeaktionen

Blutspendeaktionen des Österreichischen Roten Kreuzes: Montag, 9. Dezember: Universität Wien, Aula Campus, 9, Spitalgasse 2, 9 bis 12 und 13 bis 15 Uhr. – Stephansplatz, Bus bei der U-Bahn, 1, Graben 31, 13 bis 18 Uhr. – Universität für Bodenkultur, Festsaal, 3. OG, 18, Gregor Mendel-Straße 33, 10 bis 13 und 14 bis 16 Uhr. Dienstag, 10. Dezember: Bus vor dem Stadtpolizeikommando Josefstadt, 8, Fuhrmannsgasse 5, 14 bis 19 Uhr.

"Kurier" vom 09.12.2019 Seite: 4 Ressort: Computer&Kommunikation Abend, Abend, Länder

Mit Hightech die Erde entgiften

Bodenbelastung. Gifte im Boden gelangen zurück zum Menschen. Wie Technologie entgegenwirkt

Von Andreea Iosa "Bodenfruchtbarkeit und Bodengesundheit sind zwei grundlegende Voraussetzungen menschlicher Existenz auf unserer Erde", sagte seinerzeit der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl. Doch der Boden ist belastet. Insbesondere der Bergbau und die Errichtung von Infrastruktur, die Nutzung und Verwertung von Biomasse sowie Verbrennungsprozesse sind dafür verantwortlich, wie Martin Gerzabek vom Institut für Bodenforschung an der Universität für Bodenkultur Wien weiß. Denn die setzen Schadstoffe frei. "In einem Gleichgewichtszustand in der Umwelt findet sich letztlich der Großteil der Schadstoffe irgendwann im Boden und den Sedimenten - in Summe bis zu 99 Prozent."

Neues Messverfahren Um die Erde reinigen zu können, müssen diese Toxine zunächst identifiziert werden. Die sogenannte Infrarotspektroskopie ist dabei ein universelles, analytisches Verfahren. "Das Problem mit gegenwärtig verfügbaren Detektoren ist aber, dass sie nicht sehr empfindlich sind", sagt Forscherin Josiane Lafleur dem KURIER. Kleine Mengen von Schadstoffen würden somit nicht erkannt. Damit die Sensoren empfindlicher werden, müssten sie auf fast null Grad heruntergekühlt werden. Lafleur hat gemeinsam mit Silvan Schmid das Wiener Start-up Invisible Light Labs gegründet und einen Detektor entwickelt, der auf nanomechanischer Basis Licht im Infrarot(IR)- und Terahertz(THz)-Bereich mit außerordentlicher Empfindlichkeit misst. Und zwar bei Raumtemperatur.

"Photonen haben im IR-Bereich kaum Energie, was ihre Detektion speziell bei größeren Wellenlängen erschwert", sagt die Expertin. Aber: Auch wenn IR-Licht nicht sichtbar ist, ließe sich die Hitze messen, die es erzeugt. Der Sensor funktioniert dabei wie eine Musiktrommel mit einer sehr dünnen Membran, die bei einem bestimmten Ton vibriert. "Die Membran dehnt sich aus oder zieht sich zusammen und klingt anders", sagt sie. So würde sich auch der Detektor "verstimmen", wenn er warmem IR-Licht ausgesetzt wird (siehe Grafik). "Und wir können diese Veränderung sehr gut hören", sagt Lafleur.

Vielfältiger Einsatz Die chemischen Verbindungen in den Molekülen interagieren mit der IR-Strahlung, was ein ausgeprägtes Signal auslöst - einen sogenannten "molekularen Fingerabdruck". Der ermöglicht eine Identifizierung und Quantifizierung eines Schadstoffes - nicht nur in der Erde, sondern auch im Wasser.

Mit der Unterstützung der Austria Wirtschaftsservice (aws) und dem European Research Council (ERC) wird derzeit der erste kommerzielle Prototyp hergestellt, der in der ersten Hälfte des kommenden Jahres getestet wird. Der Sensor kann unter anderem zur Überwachung von Gesundheitsrisiken bei Industrie-Mitarbeitern sowie zur Qualitätskontrolle in der Pharma- und Lebensmittelindustrie eingesetzt werden.

Gifte weiten sich aus Auch zur Überwachung von Umweltgiften soll die Innovation zum Einsatz kommen. Und davon gibt es genug. Laut Bodenforscher Gerzabek sind speziell Schwermetalle wie Blei oder Quecksilber und Metalloide wie Arsen, aber auch Radionuklide wie Plutonium im Boden auffindbar. Organische Schadstoffe, etwa Kohlenwasserstoffe, Pflanzenschutzmittel oder Medikamente seien ebenfalls nachweisbar. Laut dem Umweltbundesamt haben sie sich von industrienahen Gebieten sowie Ackerflächen mit Klärschlammaufbringung auf Weide- und Wiesenflächen ausgeweitet. "Die häufigste Ursache von Kontaminationen in Österreich durch gewerbliche oder industrielle Aktivitäten sind Tankstellen, gefolgt von der Papierindustrie, KFZ-Betrieben, die Metallindustrie, Lager- und Umschlagplätze oder die chemische Industrie", so Gerzabek.

Die freigesetzten Gifte kommen dabei zwangsläufig zum Menschen zurück: "Werden Schwermetalle oder Radionuklide über die Pflanzenwurzel aufgenommen und in die oberirdischen Pflanzenteile, insbesondere in die vom Menschen genutzten, transportiert, können sie entweder direkt oder über den Umweg des Tierfutters und tierischer Nahrungsmittel bis zum Menschen gelangen", warnt der Experte. Mit besseren Detektionstechnologien könnten die Risiken aber eingedämmt werden. "Unser modernes Leben ist durch die Integration von Sensoren in unseren Smartphones und Autos viel einfacher geworden. Ich kann mir nur vorstellen, was die Zukunft uns noch bringt", sagt Forscherin Lafleur.

Global gesehen ist überall dort, wo die Bevölkerungsdichte größer ist, auch mit höheren Schadstoffgehalten im Boden zu rechnen, weiß Bodenforscher Martin Gerzabek Ungekühlte Sensoren erkennen Umweltgifte per Infrarot

"Kurier" vom 09.12.2019 Seite: 14 Ressort: Wirtschaft Abend, Abend, Länder

Europameister im Zubetonieren

Flächenwidmung. Ein Maßnahmenpaket mit finanziellen Anreizen kann die Ortskerne wiederbeleben

von Andreas Anzenberger In Oberösterreich ist eine Novelle des Raumordnungsgesetzes geplant, die den ausufernden Bodenverbrauch eindämmen soll. Heute stellt Landesrat Markus Achleitner(ÖVP) ein Best-Practice-Modellvor, wie durch die gezielte neue Nutzung leer stehender Gebäude Flächenverbrauch verringert werden kann. So soll etwa die Mobilisierung von Bauland Vorrang haben vor der Neuwidmung. Wie das rechtlich umgesetzt werden kann, ist noch nicht klar.

Täglich 16 Fußballfelder Das Problem ist bekannt und nicht nur ein oberösterreichisches. In vielen Orten Österreichs sind die Geschäfte (samt großer Parkplatzflächen) am Ortsrand übervoll. Im Ortszentrum hingegen herrscht gähnende Leere.

Das ist selbst verschuldetes Unglück. "Wir gehen nicht sparsam mit Grund und Boden um. Der Flächenverbrauch ist in Österreich sehr hoch", weiß Univ. Prof. Gernot Stöglehner, Leiter des Department für Raum, Landschaft und Infrastruktur an der Universität für Bodenkultur Wien. "Es wird am falschen Platz und mit zu geringer Dichte gebaut."

Die Zersiedelung in Österreich hat weitreichende Konsequenzen: Mehr Verkehr, mehr Bodenverbrauch, weniger Grünland und Agrarflächen, sowie weniger Biodiversität. Täglich wird laut Hagelversicherung eine Fläche von rund 16 Fußballfeldern verbaut.

Vorbild Schweiz Auch wenn es unterschiedliche Zahlen zu den Leerständen gibt, ein Vergleich mit der Schweiz zeigt das Problem. Der Alpenstaat mit einer ähnlichen Topografie wie Österreich hat ein Straßennetz, das mit deutlich weniger Kilometer pro Einwohner auskommt. Dafür gibt es nur eine Erklärung. Der Nachbar hat eine deutlich kompaktere Siedlungsstruktur.

Es geht auch anders. In Österreich sind die seit 1990 durch Verkehr verursachten Emissionen um 72 Prozent gestiegen, verweist Stöglehner auf die Statistik. Beim Wohnen hingegen sind die Treibhausgase im selben Zeitraum um 35 Prozent gesunken.

Der Bevölkerungszuwachs ist wohl nicht der eigentliche Grund für mehr Schadstoffe. Ein weiteres Beispiel für die Raumordnungspläne ist der Vergleich der Verkaufsflächen des Handels pro Einwohner. Österreich ist in dieser Kategorie Europameister. Nirgendwo sonst werden so viele Geschäftsflächen auf der grünen Wiese gebaut.

Dafür gibt es ökonomische Gründe. Neue Unternehmen bringen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch über die Kommunalsteuer zusätzliche Einnahmen für die Gemeinden. Dazu kommt: Der Besitzer des Grundstücks, das von Grünland in Bauland umgewidmet wurde, kassiert mehr Geld.

Die Rechtslage gibt den Gemeinden viel Spielraum, Raumordnungsbehörde erster Instanz ist der Gemeinderat. Dort werden die Pläne und Programme für die Flächenwidmung beschlossen. Das Land kann Pläne genehmigen oder ablehnen, aber sie nicht selbst ändern. Die Gemeinden haben bereits jetzt die Möglichkeit, eine Nutzungsmischung (wohnen, arbeiten, erholen, einkaufen) vorzugeben. So entstehen kompakte Orte mit kurzen Wegen.

Spekulation Wobei die Umwidmung

in Bauland noch lange nicht bedeutet, dass das Grundstück auch tatsächlich zur Verfügung steht. "Gewidmetes Bauland wird aus spekulativen Gründen zurückgehalten", verweist Stöglehner auf die Lage am Immobilienmarkt. Wegen der nach wie vor niedrigen Zinsen suchen Investoren nach attraktiven Anlageformen. Grundstücke sind in den vergangenen Jahren stets im Preis gestiegen. Die Besitzer warten auf weitere Preissteigerungen.

Manche Gemeinden schließen bereits mit den Grundeigentümern Verträge über die zeitgerechte Nutzung des Baulandes ab. Oder es wird bei Umwidmungen ein Flächenanteil vereinbart, der zu günstigen Preisen für soziale Zwecke wie Kindergärten oder sozialen Wohnbau verwendet wird.

Doch das reicht nicht aus. Diese neuen Steuerungsinstrumente gelten immer nur für neue Widmungen, aber nicht für den Bestand. "Wir müssen die Baulandmobilisierung in den Bestand bringen," lautet die klare Ansage von Stöglehner. Der Experte für Raumplanung kennt die Rechtslage und die Probleme, die sich daraus ergeben. "Grundeigentümer haben Rechte, aber kaum Verpflichtungen."

Eine Möglichkeit zur Steuerung ist der Finanzausgleich. "Man sollte die Gemeinden dafür finanziell belohnen, dass sie die Ortskerne revitalisieren und nicht auf der grünen Wiese bauen. Wir müssen kurze Wege ermöglichen. Je stärker die Zersiedelung, desto weniger Geld sollte es geben."

Sinnvoll sei auch eine Rückbaurücklage für Projekte auf der grünen Wiese. Wenn das Gebäude nicht mehr benötigt wird, müsse genug Geld da sein, um den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Die Rücklage bezahlen jene, die außerhalb der Gemeinde bauen.

Finanzielle Anreize Weitere Steuerungsinstrumente sind die Wohnbauförderung und die Grundsteuer. Förderungen soll es vor allem für Projekte geben, die innerhalb der Ortskerne umgesetzt werden. Höhere Steuern fallen bei leer stehenden Objekten an, sowie für Gebäude in Gegenden

mit geringer Baudichte. Doch dafür fehlte bisher der politische Wille. Gemeinden sollten auch dazu gebracht werden, gemeinsam die besten Standorte in einer Region zu entwickeln. Sie teilen sich zuerst die Kosten und später dann die Einnahmen.

Am Ortsrand wird gebaut, während die Zentren leerstehen. Das ist ein gutes Geschäft, doch die Zersiedelung sorgt für mehr Verkehr, mehr Bodenverbrauch und weniger Grünflächen Experte Gernot Stöglehner: Kurze Wege sind das Ziel

"Kurier" vom 09.12.2019 Seite: 20 Ressort: Leben Abend, Abend, Länder

Katzen an die Leine

Streuner.Niederländische Juristen halten den Freigang von Stubentigern für rechtswidrig. Was Vögel schützt

von Hedwig Derka Der Jagdtrieb von (verwilderten) Hauskatzen kostet jährlich weltweit unzähligen Beutetieren das Leben. Jetzt ist die Diskussion um die Killer auf Samtpfoten neu entbrannt. Niederländische Juristen haben europäisches Recht ausgelegt und kommen zu dem Schluss: Katzen gefährden die Artenvielfalt, vor allem die von Vögeln. Die Vierbeiner sollen daher künftig nicht mehr umherstreunern dürfen.

"Weltweit waren Hauskatzen an der Ausrottung von mindestens zwei Reptilienarten, 21 Säugetierarten und 40 Vogelarten beteiligt", schreiben Arie Trouwborst und Han Somsen von der Uni Tilburg in der Fachzeitschrift Journal of Environmental Law : "Derzeit stellen Hauskatzen eine Gefahr für mindestens 367 bedrohte Arten dar."

Zahlen "In Österreich ist noch keine Tierart wegen Katzen ausgestorben", sagt Univ.-Prof. Klaus Hackländer vom Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft der Boku Wien. Auch wenn die Zahlen aus anderen Ländern teils veraltet, teils nur geschätzt sind, steht außer Zweifel, dass Freigänger das Ökosystem beträchtlich beeinflussen. In den USA kam eine Studie 2013 zum Ergebnis, dass Katzen jährlich 1,4 bis 3,7 Milliarden Vögel erlegen. In Großbritannien sollen hochgerechnet 275 Millionen Wildtiere, darunter 27 Millionen Vögel, betroffen sein. In Deutschland sterben pro Jahr um die 100 Millionen Vögel durch die verschmusten Fleischfresser.

"In Österreich sind vermutlich 1,5 Millionen Katzen unterwegs", sagt Zoologe Hackländer. Er hat 2014 ein Gutachten über den "Einfluss von Hauskatzen auf die heimische Fauna und mögliche Managementmaßnahmen" veröffentlicht. Sein Kommentar auch heute: "Katzen sind nicht die Ursache für das Vogelsterben. Aber jetzt, bei der geringen Vogeldichte, sind sie eine Gefahr."

Bedrohung In erster Linie setzt der Verlust an Lebensraum den heimischen Singvögeln zu. Die Intensivierung von Land- und Forstwirtschaft, fehlende Hecken und allzu aufgeräumte Gärten erschweren Feldlerche, Braunkehlchen und Co. das Überleben. Auch das Insektenstreben dezimiert die Bestände der Überflieger. "Hauskatzen jagen je nach Angebot", sagt Hackländer. Und: "Sie jagen viel mehr als ihre Besitzer glauben." Das zeigte ein Experiment mit britischen Streunern, die ihr Verhalten in Wald und Wiese mit einer Mini-Kamera filmten.

Hausarrest? Leinenpflicht? Zwinger? "Es gibt keine Lösung für alle Parteien", sagt KURIER-Tiercoach Katharina Reitl: "Wichtig ist, dass sich Katzenhalter Gedanken über die Triebe ihres Lieblings machen." Intensive Beschäftigung mit den domestizierten Raubtieren verhindert, dass sie den Jagdinstinkt voll ausleben. Spiele, bei denen Kunststoff-Federn und Quietschmäuse erfolgreich gefangen werden, lenken vom echten Beutetrieb ab. Das Austoben daheim macht müde und hält Streuner mitunter von Streifzügen nach Lebendfutter ab.

"Bei manchen Katzen hilft leider nur ein Glöckchen am Halsband, um den Jagderfolg zu verhindern", sagt die Tierärztin aus der Ordination Tiergarten Schönbrunn. Eine Sollbruchstelle beugt vor, dass sich die Streuner strangulieren. Das Klingeln warnt Vögel vor den Angreifern; es stresst aber auch gewaltig und mindert den Bruterfolg. Vogelhäuschen müssen selbstredend außerhalb der Reichweite der Räuber montiert sein (siehe unten) . Eine rutschige Metallmanschette um den Stamm erhöht die Sicherheit im Nest. "Leinenpflicht wäre fair, wirft aber nicht nur die Frage nach der artgerechten Haltung auf", ergänzt Hackländer. Er appelliert an Katzenbesitzer, Freigänger - gesetzeskonform - kastrieren zu lassen. Das verhindert zumindest die Vermehrung der Fressfeinde.

Die niederländischen Juristen fordern über die Leinenpflicht hinaus ein Ausgehverbot für die Haustiere; Katzen an der frischen Luft gehörten ins Gehege. Deutsche Rechts-Experten

bezweifeln, dass dieser Vorstoß im Einzelfall juristisch standhalten würde. Trouwborst und Somsen bleiben bei ihrer "unpopulären" Rechtsauslegung: "Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Wohl von Haustieren über jenes von Wildtieren gestellt wird."

"Katzen sind nicht die Ursache für das Vogelsterben, aber bei der geringen Dichte eine Gefahr."

Univ.-Prof. Klaus Hackländer BOKU-Institut für Wildbiologie

Vogelschutz-Richtlinie Seit 2009 Die Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 schreibt die Erhaltung wild lebender Vogelarten vor. Sie betrifft sämtliche Arten in den europäischen Gebieten der EU ausgenommen Grönland. Im Detail Verschiedene Anhänge konkretisieren die Richtlinie. So sind etwa 181 Arten, die aufgrund geringer Bestände oder kleiner Verbreitungsgebiete gefährdet sind, unter besonderen Schutz gestellt. Zudem sind Jagdgebiete eingeschränkt bzw. Verbote von Jagd- und Fangmethoden definiert. In Österreich Die Vogelschutz-Richtlinie wird in Österreich in den jeweiligen Landesnaturschutzgesetzen umgesetzt.

Jagdinstinkt: (Verwilderte) Hauskatzen gefährden die Artenvielfalt, sie erbeuten allein in den USA mehr als 1 Milliarde Vögel pro Jahr

"kurier.at" gefunden am 09.12.2019 05:12 Uhr Von: Hedwig Derka

Killer auf Samtpfoten: Katzen an die Leine

Niederländische Juristen halten den Freigang von Stubentigern für rechtswidrig. Was Vögel schützt.



Katzen sind Jäger. Ihr Trieb, Beute zu machen, gehört zu den Urinstinkten der domestizierten Raubtiere. Verwilderte Hauskatzen sind auf Nahrung aus der Natur angewiesen. Auch satte Haustiere können dem Drang, Mäusen, Vögeln, Eidechsen und Großlibellen nachzustellen, oft nicht widerstehen.

Jetzt ist die Diskussion um den Killer auf Samtpfoten neu entbrannt. Niederländische Juristen haben europäisches Recht ausgelegt und kommen zu dem Schluss: Katzen gefährden die Artenvielfalt, vor allem die von Vögeln. Die Vierbeiner sollen daher künftig nicht mehr umherstreunern dürfen.

Arten durch Katzen ausgerottet

„Weltweit waren Hauskatzen an der Ausrottung von mindestens zwei Reptilienarten, 21 Säugetierarten und 40 Vogelarten beteiligt“, schreiben Arie Trouwborst und Han Somsen von der Uni Tilburg in der Fachzeitschrift *Journal of Environmental Law*: „Derzeit stellen Hauskatzen eine Gefahr für mindestens 367 bedrohte Arten dar.“

Vogelschutz-Richtlinie

Die Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 schreibt die Erhaltung wild lebender Vogelarten vor. Sie betrifft sämtliche Arten in den europäischen Gebieten der EU ausgenommen Grönland. Verschiedene Anhänge konkretisieren die Richtlinie. So sind etwa 181 Arten, die aufgrund geringer Bestände oder kleiner Verbreitungsgebiete gefährdet sind, unter besonderen Schutz gestellt. Zudem sind Jagdgebiete eingeschränkt bzw. Verbote von Jagd- und Fangmethoden definiert. Die Vogelschutz-Richtlinie wird in Österreich in den jeweiligen Landesnaturschutzgesetzen umgesetzt. Auch wenn die Zahlen teils veraltet, teils nur geschätzt sind, steht außer Zweifel, dass Freigänger das Ökosystem beträchtlich beeinflussen. In den USA kam eine Studie 2013 zum Ergebnis, dass Katzen jährlich 1,4 bis 3,7 Milliarden Vögel erlegen. In Großbritannien sollen hochgerechnet 275 Millionen Wildtiere, darunter 27 Millionen Vögel, betroffen sein. In Deutschland sterben pro Jahr um die 100 Millionen Vögel durch die verschmusten Fleischfresser.

Nicht Ursache, aber Gefahr

„In Österreich ist noch keine Tierart wegen Katzen ausgestorben“, sagt Univ.-Prof. Klaus Hackländer. Der Zoologe am Institut für Wildbiologie und Jagdwirtschaft der Boku Wien hat 2014 ein Gutachten über den „Einfluss von Hauskatzen auf die heimische Fauna und mögliche Managementmaßnahmen“ veröffentlicht. Sein Kommentar auch heute: „Katzen sind nicht die Ursache für das Vogelsterben. Aber jetzt, bei der geringen Vogeldichte, sind sie eine Gefahr.“

Bedrohungen

In erster Linie setzt der Verlust an Lebensraum den heimischen Singvögeln zu. Die Intensivierung von Land- und Forstwirtschaft, fehlende Hecken und allzu aufgeräumte Gärten erschweren Feldlerche, Braunkehlchen & Co. das Überleben. Auch das Insektenstreben dezimiert die Bestände der Überflieger. „Hauskatzen jagen je nach Angebot“, sagt Hackländer. Und: „Sie jagen viel mehr als ihre Besitzer glauben.“ Das zeigte ein Experiment mit britischen Streunern, die ihr Verhalten in Wald und Wiese mit einer Mini-Kamera filmten.

Spiel statt Jagd

Hausarrest? Leinenpflicht? Zwinger? „Es gibt keine Lösung für alle Parteien“, sagt KURIER-Tiercoach Katharina Reitl : „Wichtig ist, dass sich Katzenhalter Gedanken über die Triebe ihres Liebling machen.“ Intensive Beschäftigung mit dem Vierbeiner verhindert, dass er den Jagdinstinkt voll auslebt. Spiele, bei denen Kunststoff-Federn und Quietschmäuse erfolgreich gefangen werden, lenken vom echten Beutetrieb ab. Das Austoben daheim macht müde und hält Streuner mitunter von Streifzügen nach Lebendfutter ab.

Leinenpflicht

„Bei manchen Katzen hilft leider nur ein Glöckchen am Halsband, um den Jagderfolg zu verhindern“, sagt die Tierärztin aus der Ordination Tiergarten Schönbrunn. Eine Sollbruchstelle beugt vor, dass sich die Streuner strangulieren. Das Klingeln warnt Vögel vor den Angreifern; es stresst aber auch gewaltig und mindert den Bruterfolg. Vogelhäuschen müssen selbstredend außerhalb der Reichweite der Räuber montiert sein (siehe unten). Eine rutschige Metallmanschette um den Stamm erhöht die Sicherheit im Nest. „Leinenpflicht wäre fair, wirft aber nicht nur die Frage nach der artgerechten Haltung auf“, ergänzt Hackländer. Er appelliert an Katzenbesitzer, Freigänger – gesetzeskonform – kastrieren zu lassen. Das verhindert zumindest die Vermehrung der Fressfeinde.

Zum Wohl von Katze oder Vogel

Die niederländischen Juristen fordern über die Leinenpflicht hinaus ein Ausgehverbot für die Haustiere; Katzen an der frischen Luft gehörten ins Gehege. Deutsche Rechts-Experten bezweifeln, dass dieser Vorstoß im Einzelfall juristisch standhalten würde. Trouwborst und Somsen bleiben bei ihrer „unpopulären“ Rechtsauslegung: „Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Wohl von Haustieren über jenes von Wildtieren gestellt wird.“

"Die Presse" vom 09.12.2019 Seite: 17 Ressort: Rechtspanorama Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Glyphosatverbot steht auf schwachen Beinen

Gastkommentar. Brüssel hat Österreichs Verbot mitnichten gebilligt. Dieses als Erfolg darzustellen, mutet skurril an.

von Dragana Damjanovic und Iris Eisenberger

Wien. Die Medien haben vorige Woche über das Ergebnis des Notifizierungsverfahrens zum österreichischen Glyphosatverbot berichtet. "Kein EU-Veto. Weg frei für heimisches Glyphosatverbot" las man etwa auf orf.at. Unter Berufung auf Greenpeace war von einem Einspruchsverzicht der Kommission die Rede. Auch auf standard.at hieß es, "dass die EU-Kommission keine rechtsverbindlichen Einwände gegen das österreichische Glyphosatverbot ausgesprochen" hätte.

Das ist schon eine erstaunliche Sicht auf die Dinge. Denn die Kommission hat inhaltlich zum Verbot gar nicht Stellung genommen. Dies nicht etwa mangels Bedenken gegen das nationale Glyphosatverbot. Vielmehr sah sich die Kommission außerstand, zum Verbot inhaltlich Stellung zu beziehen. Wörtlich heißt es im Schreiben der Kommission, sie könne zum Inhalt des Bundesgesetzes keine Stellungnahme abgeben, weil das Vorgehen Österreichs verfahrensrechtlich als systematischer Verstoß gegen die Notifizierungsrichtlinie 2015/1535/ EU zu qualifizieren sei.

Fertiges Gesetz statt Entwurf

Die von Österreich bei der Notifizierung gewählte und von der Kommission kritisierte Vorgangsweise ist in der Tat außergewöhnlich. Denn Österreich hat nicht - wie von der Notifizierungsrichtlinie gefordert - einen Entwurf der Bestimmung mitgeteilt, sondern einen fertigen Gesetzesbeschluss, mit dem das Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 geändert wird. Dieser enthält neben einem Verbot für das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat eine aufschiebende Bedingung, wonach das Gesetz am 1. 1. 2020 nur dann in Kraft treten soll, wenn es gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 notifiziert wurde, die dreimonatige Stillhaltefrist abgelaufen ist und keine ausführliche Stellungnahme durch die Kommission erfolgt ist. Zusätzlich sieht die Novelle vor, dass die Bundeskanzlerin das Eintreten der zuvor genannten Bedingungen im Bundesgesetzblatt kundzumachen hat.

Welche rechtlichen Folgen hat nun die Feststellung der Kommission, Österreich habe gegen die Notifizierungspflicht verstoßen?

Rein formaljuristisch ließe sich zwar argumentieren, dass die Bedingungen für das Inkrafttreten des Glyphosatverbots erfüllt sind: Die Bestimmung wurde notifiziert (wen interessiert, ob rechtskonform?), die Stillhaltefrist ist abgelaufen, und die Kommission hat (aus welchem Grund auch immer) keine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Die Bundeskanzlerin hätte den Eintritt der gesetzlich geforderten Bedingungen im Bundesgesetzblatt kundzumachen. Damit wäre das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat mit 1. 1. 2020 verboten. Dass dieses Ergebnis kein Vertragsverletzungsverfahren nach sich ziehen könne, ist jedenfalls falsch, denn ein solches stellt die Kommission in ihrem Schreiben ja bereits ausdrücklich in den Raum.

Besser nicht kundmachen

Deshalb läge es näher, dem Zweck der Bestimmungen entsprechend von der Notwendigkeit einer rechtskonformen Notifizierung auszugehen - also Übermittlung im Entwurfsstadium. Die Kommission meint durchaus nachvollziehbar, sie hätte (wegen des Verstoßes gegen die Notifizierungspflicht) aus prozessualen Gründen inhaltlich nicht Stellung nehmen können. Schon deshalb erscheint es verfehlt zu sagen, die Bedingungen für das Inkrafttreten des

Glyphosatverbots seien erfüllt. Rechtlich geboten ist es unseres Erachtens daher, den Eintritt der genannten Bedingungen nicht kundzumachen.

Dies ist auch rechtspolitisch die klügste Lösung. Ein Inkrafttreten des Verbots birgt nicht nur die Gefahr eines Vertragsverletzungsverfahrens in sich, sondern zieht auch eine Reihe ungelöster rechtlicher Fragen nach sich. Insbesondere ist zu klären, ob das Gesetz überhaupt anzuwenden wäre, denn nach ständiger Rechtsprechung des EuGH hat eine nicht notifizierte Bestimmung unangewendet zu bleiben. Ob diese Judikatur auch auf nicht rechtskonform notifizierte Bestimmungen zu übertragen ist, hätte zunächst das Bundesamt für Ernährungssicherheit im Rahmen eines Zulassungsverfahrens zu entscheiden, und letztlich der EuGH, so die Frage überhaupt zu ihm gelangt.

Das populistische Vorgehen des Parlaments im Vorfeld der Wahlen und im freien Spiel der Parlamentskräfte nun als Erfolg zu verkaufen - Österreich gar eine Vorreiterrolle zu attestieren -, mutet fast schon skurril an. Von einer Lösung des zugrunde liegenden Problems kann nicht die Rede sein.

Wenig sinnvoll erschiene uns, der Kommission das Glyphosatverbot nunmehr als Entwurf zu notifizieren. Dass ein undifferenziertes Glyphosatverbot unionsrechtlich bedenklich ist, sollte allen Beteiligten bewusst sein.

Damit soll keinesfalls ausgedrückt werden, dass es keine Glyphosatbeschränkungen geben kann oder soll. Im Gegenteil, das Unionsrecht ermöglicht weitreichende Beschränkungen der Glyphosatverwendung, insbesondere: im Haus- und Kleingartenbereich; an öffentlichen Orten, welche von schutzbedürftigen Personen frequentiert werden; für Schutzgebiete; und schließlich auch durch deutlich strengere (als bislang bestehende) Anwendungsregelungen im landwirtschaftlichen Bereich. Das in Österreich beschlossene Glyphosatverbot ist also nicht alternativlos: Es ist durchaus möglich, den Einsatz von Glyphosat sowohl EU-konform als auch ökologisch und ökonomisch verantwortungsvoll zu gestalten. Dafür wäre aber die allseitige Bereitschaft zur inhaltlichen Diskussion und differenzierten Auseinandersetzung mit der Materie erforderlich.

Privatdozentin Dr. Dragana Damjanovic, LL.M. (Berkeley) und Univ.-Prof. Dr. Iris Eisenberger, M.Sc. (LSE) sind beide am Institut für Rechtswissenschaften der Universität für Bodenkultur Wien tätig und haben an der interdisziplinären Nationalen Machbarkeitsstudie zum Glyphosatausstieg mitgearbeitet.

*Der Einsatz von Glyphosat ließe sich durchaus EU-konform und ökologisch wie ökonomisch sinnvoll regeln.
[Feature: APA/DPA/Patrick Pleul]*

"Salzburger Nachrichten" Nr. 285 vom 09.12.2019 Seite: L14 Ressort: life Von: Sn

Antworten aufs Bauen in den Alpen

Soll die öffentliche Hand gegen austauschbares Bauen in den Alpen eingreifen? Ist staatlich gelenkte Architektur die Lösung? Wie weit soll sie gehen? Beraten, regeln, festsetzen? Antworten gibt Prof. Ulrike Pröbstl-Haider vom Institut für Landschaftsentwicklung der Uni für Bodenkultur.

Dienstag, 19.30 Uhr, Nawi, Grüner Hörsaal, Hellbrunner Straße 34. www.geocompass.at

"Die Presse am Sonntag" vom 08.12.2019 Seite: 24 Ressort: Wissenschaft Abend, Morgen

Wort der Woche

Rechtsstreitigkeiten können lang dauern - und das ist nicht neu: Umwelthistoriker haben nun einen 112 Jahre dauernden Zwist um eine Insel im wilden Donaustrom dokumentiert. @LR von Martin Kugler

begriffe der Wissenschaft

Dass Gerichtsverfahren manchmal ewig zu dauern scheinen, ist kein modernes Phänomen. Im Lichte historischer Ereignisse wirken sogar Prozesse wie jener in der Causa Buwog überschaubar. Ein bekanntes Beispiel dafür ist ein Grenzstreit zwischen den Klöstern Gaming und Admont wegen eines Waldstücks, der unterm Strich 337 Jahre dauerte; die Folge davon ist aus heutiger Sicht freilich begrüßenswert, denn dadurch blieb der Rothwald jahrhundertlang unbewirtschaftet und bildet nun eines der letzten Wildnisgebiete Mitteleuropas.

Von einem noch absurderen Langzeitprozess berichtet der Wiener Umwelthistoriker Christoph Sonnlechner in dem kürzlich vom Zentrum für Umweltgeschichte der Boku Wien herausgegebenen Buch "Wasser Stadt Wien" (496 S., 39 -) - dem neuen Standardwerk zur Geschichte der Wiener Gewässer. Die Donau floss nicht schon immer in dem schnurgeraden Bett zwischen Dämmen und der Donauinsel: Bis zur großen Regulierung 1870-75 war der Strom, der sich nach der Engstelle zwischen Leopolds- und Bisamberg in die Ebene ergießt, ein Gewirr von kleinen und größeren Flussarmen und Inseln, die bei jedem Hochwasser ihre Größe und Lage änderten. Mit dieser natürlichen Dynamik konnten die Menschen überhaupt nicht umgehen.

Um den hohen Holzbedarf in der frühen Neuzeit, als Wien zur Residenzstadt ausgebaut wurde, zu decken, wurden die Auwälder intensiv genutzt. Die Frage war nur: Wer war der Grundeigentümer und durfte die Bäume schlägern? 1547 gerieten sich das Stift Klosterneuburg und das Wiener Bürgerspital - die beiden größten Grundeigentümer - wegen einer Insel im Donaustrom in die Haare. Ortstermine und Zeugenbefragungen brachten keine sofortige Klärung, der Prozess schleppte sich dahin, und die Lage wurde immer verwirrender. Denn die vom Kloster beanspruchte Insel erodierte zusehends, während eine neue Insel nahe von Bürgerspital-Gründen wuchs.

1611 wurde zwar ein Urteil gefällt, doch die Streitparteien konnten sich nicht einigen, auf welche Insel sich das Urteil bezog. "Nach 85 Jahren Rechtsstreit wusste niemand mehr, worum es bei dem Konflikt wirklich ging", schreibt Sonnlechner. Selbst ein 1632 vom Kaiser höchstpersönlich gesprochenes Revisionsurteil wurde nicht akzeptiert, und erst 1659, nach 112 Jahren des Streits, einigte man sich auf einen Kompromiss. Der war freilich schnell wieder hinfällig, weil die Donau schon bald neue Tatsachen schuf ?

Der Autor leitete das Forschungsressort der "Presse" und ist Chefredakteur des "Universum Magazins". @LU

@LS

meinung@diepresse.com diepresse.com/wortderwoche

"diepresse.com" gefunden am 07.12.2019 12:15 Uhr Von: Matt Cardy

Wie kommt das Salz ins Meer?

Pro Jahr gelangen drei Milliarden Tonnen Salze in die Meere. In der jüngeren Erdgeschichte hat sich der Salzgehalt kaum geändert.



Salz ist ein Bestandteil des Gesteins in der Erdkruste. Gestein verwittert, Salz wird gelöst, Regenwasser spült es aus und transportiert es mit den Flüssen in die Ozeane, wo es sich sammelt. Pro Jahr gelangen auf diese Weise rund drei Milliarden Tonnen Salze in die Meere.

Dieser Prozess läuft nun schon, seit sich unsere Erde so weit abgekühlt hat, dass sich flüssiges Wasser bilden konnte. „Wenn man von der jüngeren Erdgeschichte ausgeht, ist es außerordentlich erstaunlich, dass sich der Salzgehalt der Meere – er liegt im Durchschnitt bei rund 35 Gramm pro Liter oder 3,5 Prozent – kaum geändert hat“, erläutert Markus Fiebig vom Institut für Angewandte Geologie der Universität für Bodenkultur Wien. „Das liegt an vielen Faktoren, die zum Teil noch wenig erforscht sind. So wissen wir etwa über den Vulkanismus auf dem Meeresboden, der ebenfalls eine entscheidende Rolle spielt, noch viel zu wenig.“ Was Fiebig sehr bedauert: „Wichtige Grundlagenforschung, die letztlich unser Überleben auf diesem Planeten betrifft, ist immer weniger gefragt.“ Das gilt auch für die Ozeane, über deren Prozesse „sich unser Verständnis in Grenzen hält“.

Immerhin scheint klar zu sein, warum sich der Salzgehalt der Meere in dem langen Zeitraum nicht erhöht hat. Das liegt etwa daran, dass sich Oberflächenwasser mit Tiefenwasser vermischt, das mit den großflächig sehr heißen Ozeanböden reagiert. Dadurch kommt es zu Rückkoppelungen und einem Austausch, der den Salzgehalt längerfristig in der Balance hält. „Man kann den Ozean als sich selbst regulierendes System bezeichnen.“

„Das Zusammenspiel und das Gleichgewicht von Meer und Salz funktioniert schon seit Jahrtausenden.“ Es gibt immer Bereiche, in denen der Salzgehalt höher ist, etwa Buchten, die austrocknen, andererseits gibt es Randbereiche in den Meeren, die über einen sehr geringen Salzanteil verfügen, wie etwa die Ostsee, deren Zuflüsse immer wieder frisches, „süßes“ Wasser nachliefern.

„Gleichgewicht und Zusammenspiel von Meer und Salz funktionieren seit Jahrtausenden.“

Markus Fiebig, Geologie, Boku

(c) Privat

Süßwasser enthält auch Salze

Wobei – auch das Wasser der Flüsse ist salzhaltig, da der Salzgehalt aber unter einem Gramm pro Liter liegt, empfinden wir Flusswasser als „süß“. Durch die Fließgeschwindigkeit bleibt wenig Zeit für die Verdunstung, so kann sich das Salz in Flüssen nicht ansammeln. Das Gegenteil passiert in den sogenannten Salzseen, die entweder von salzhaltigen Quellen gespeist werden, oder Seen

ohne Abfluss sind, in denen es durch Verdunstung dann zu einer extrem hohen Salzanreicherung kommt, wie etwa im Toten Meer, das einen Salzgehalt von rund 28 Prozent aufweist.

Wobei das Gleichgewicht von Wasser und Salz für Fiebig in einem größeren Zusammenhang steht. „Besonders erstaunlich ist die grundsätzliche Stabilität, die auf unserer Erde herrscht. Das betrifft das ganze Ökosystem, auch Sauerstoffgehalt und Temperatur. Das Fenster, in dem Leben in unserer Art und Weise möglich ist, ist seit der letzten Eiszeit sehr stabil. Kommt es allerdings zu größeren Abweichungen, etwa im CO₂-Gehalt der Erdatmosphäre, kann das besonders für Arten mit zu hohen Populationen schnell tödlich enden. Umso schlimmer erscheint es, dass wir mit dem lebensspendenden System unseres eigenen Lebensraums nicht vorsichtig und vorausschauend umgehen“, sagt er.

Was wollten Sie schon immer wissen? Senden Sie Fragen an:

wissen@diepresse.com

"diepresse.com" gefunden am 07.12.2019 18:09 Uhr

Wort der Woche

Rechtsstreitigkeiten können lang dauern – und das ist nicht neu: Umwelthistoriker haben nun einen 112 Jahre dauernden Zwist um eine Insel im wilden Donaustrom dokumentiert.?



begriffe der Wissenschaft Dass Gerichtsverfahren manchmal ewig zu dauern scheinen, ist kein modernes Phänomen. Im Lichte historischer Ereignisse wirken sogar Prozesse wie jener in der Causa Buwog überschaubar. Ein bekanntes Beispiel dafür ist ein Grenzstreit zwischen den Klöstern Gaming und Admont wegen eines Waldstücks, der unterm Strich 337 Jahre dauerte; die Folge davon ist aus heutiger Sicht freilich begrüßenswert, denn dadurch blieb der Rothwald jahrhundertlang unbewirtschaftet und bildet nun eines der letzten Wildnisgebiete Mitteleuropas.

Von einem noch absurderen Langzeitprozess berichtet der Wiener Umwelthistoriker Christoph Sonnlechner in dem kürzlich vom Zentrum für Umweltgeschichte der Boku Wien herausgegebenen Buch „Wasser Stadt Wien“ (496 S., 39 €) – dem neuen Standardwerk zur Geschichte der Wiener Gewässer. Die Donau floss nicht schon immer in dem schnurgeraden Bett zwischen Dämmen und der Donauinsel: Bis zur großen Regulierung 1870–75 war der Strom, der sich nach der Engstelle zwischen Leopolds- und Bisamberg in die Ebene ergießt, ein Gewirr von kleinen und größeren Flussarmen und Inseln, die bei jedem Hochwasser ihre Größe und Lage änderten. Mit dieser natürlichen Dynamik konnten die Menschen überhaupt nicht umgehen.

Um den hohen Holzbedarf in der frühen Neuzeit, als Wien zur Residenzstadt ausgebaut wurde, zu decken, wurden die Auwälder intensiv genutzt. Die Frage war nur: Wer war der Grundeigentümer und durfte die Bäume schlägern? 1547 gerieten sich das Stift Klosterneuburg und das Wiener Bürgerspital – die beiden größten Grundeigentümer – wegen einer Insel im Donaustrom in die Haare. Ortstermine und Zeugenbefragungen brachten keine sofortige Klärung, der Prozess schleppte sich dahin, und die Lage wurde immer verwirrender. Denn die vom Kloster beanspruchte Insel erodierte zusehends, während eine neue Insel nahe von Bürgerspital-Gründen wuchs.

1611 wurde zwar ein Urteil gefällt, doch die Streitparteien konnten sich nicht einigen, auf welche Insel sich das Urteil bezog. „Nach 85 Jahren Rechtsstreit wusste niemand mehr, worum es bei dem Konflikt wirklich ging“, schreibt Sonnlechner. Selbst ein 1632 vom Kaiser höchstpersönlich gesprochenes Revisionsurteil wurde nicht akzeptiert, und erst 1659, nach 112 Jahren des Streits, einigte man sich auf einen Kompromiss. Der war freilich schnell wieder hinfällig, weil die Donau schon bald neue Tatsachen schuf?

Der Autor leitete das Forschungsressort der „Presse“ und ist Chefredakteur des „Universum Magazins“.

? meinung@diepresse.com diepresse.com/wortderwoche

("Die Presse", Print-Ausgabe, 08.12.2019)

"cba.fro.at" gefunden am 07.12.2019 00:36 Uhr

ANDI 100 – 6. Dezember 2019: Protest gegen rechtsextremen Prof. an Uni Wien, FreeMülkiye, Schweighofer-Hackathon, Konsumverhalten, Links

Protest gegen rechtsextremen ao. Professor an Uni Wien

Studierende der Universität Wien haben am vergangenen Dienstag, den 3.12., wieder gegen Lothar Höbelt protestiert. Sie sehen den Professor für neuere Geschichte als Rechtsextremen, der nicht an der Universität unterrichten sollte. Stefan Resxh hat mit Noah Scheer, dem Präsidenten der Jüdischen Österreichischen HochschülerInnen über den Protest gesprochen.

Prozess gegen Mülkiye Laçin am 9. Jänner

Wir haben bereits mehrmals darüber berichtet: Die Wiener Pädagogin und Schauspielerin Mülkiye Laçin darf nach einem Besuch in der Türkei im Sommer die Türkei immer noch nicht verlassen. Für 9. Jänner wurde nun ein Prozesstermin fixiert. Christa Reitermayr von Radio Widerhall auf ORANGE 94.0, sprach mit dem Sohn Mülkiyes und einer Vertreterin des Solidaritätskomitees für Mülkiye über den aktuellen Stand. Die Interviews wurden von uns für ANDI gekürzt. Die kompletten Interviews sind morgen Samstag in der Sendung Radio Widerhall zu hören, um 20 Uhr hier auf Radio ORANGE 94.0.

Was steckt hinter dem Schweighofer-Hackathon?

Vom 27. bis 29. November fand der Boku ein sogenannter Hackathon statt. In Teams versuchten Studierende aus der DACH-Region eine Lösung für die lückenlose Nachverfolgung von Holz zu finden. Klingt gut. Wenn da nicht der Veranstalter wäre, das Unternehmen Schweighofer, dem vorgeworfen wird, in Osteuropa Holz auch aus geschützten Urwäldern zu beziehen. Schweighofer bestreitet das. René Froschmayer versuchte, sich ein Bild zu machen.

Konsumverhalten zur Weihnachtszeit

Julia Rauch und Carina Fröhlich befragten Passant*innen zu ihrem Konsumverhalten.

„Links“-Kandidatur bei Wiener Landtagswahl

Zur Landtagswahl in Wien möchte eine neue Gruppe antreten: LINKS. Die Gründungsversammlung ist für 10./11. Jänner geplant. Janina Scheibenpflug erkundigte sich, was da dahintersteckt.

"Die Presse" vom 07.12.2019 Seite: 31 Ressort: Wf Österreich, Abend, Österreich, Morgen

ForschungsFRAGE

Wie kommt das Salz ins Meer?

Pro Jahr gelangen drei Milliarden Tonnen Salze in die Meere. In der jüngeren Erdgeschichte hat sich der Salzgehalt kaum geändert.

von Lisbeth Legat

Salz ist ein Bestandteil des Gesteins in der Erdkruste. Gestein verwittert, Salz wird gelöst, Regenwasser spült es aus und transportiert es mit den Flüssen in die Ozeane, wo es sich sammelt. Pro Jahr gelangen auf diese Weise rund drei Milliarden Tonnen Salze in die Meere.

Dieser Prozess läuft nun schon, seit sich unsere Erde so weit abgekühlt hat, dass sich flüssiges Wasser bilden konnte. "Wenn man von der jüngeren Erdgeschichte ausgeht, ist es außerordentlich erstaunlich, dass sich der Salzgehalt der Meere - er liegt im Durchschnitt bei rund 35 Gramm pro Liter oder 3,5 Prozent - kaum geändert hat", erläutert Markus Fiebig vom Institut für Angewandte Geologie der Universität für Bodenkultur Wien. "Das liegt an vielen Faktoren, die zum Teil noch wenig erforscht sind. So wissen wir etwa über den Vulkanismus auf dem Meeresboden, der ebenfalls eine entscheidende Rolle spielt, noch viel zu wenig." Was Fiebig sehr bedauert: "Wichtige Grundlagenforschung, die letztlich unser Überleben auf diesem Planeten betrifft, ist immer weniger gefragt." Das gilt auch für die Ozeane, über deren Prozesse "sich unser Verständnis in Grenzen hält".

Immerhin scheint klar zu sein, warum sich der Salzgehalt der Meere in dem langen Zeitraum nicht erhöht hat. Das liegt etwa daran, dass sich Oberflächenwasser mit Tiefenwasser vermischt, das mit den großflächig sehr heißen Ozeanböden reagiert. Dadurch kommt es zu Rückkoppelungen und einem Austausch, der den Salzgehalt längerfristig in der Balance hält. "Man kann den Ozean als sich selbst regulierendes System bezeichnen."

"Das Zusammenspiel und das Gleichgewicht von Meer und Salz funktioniert schon seit Jahrmillionen." Es gibt immer Bereiche, in denen der Salzgehalt höher ist, etwa Buchten, die austrocknen, andererseits gibt es Randbereiche in den Meeren, die über einen sehr geringen Salzanteil verfügen, wie etwa die Ostsee, deren Zuflüsse immer wieder frisches, "süßes" Wasser nachliefern.

Süßwasser enthält auch Salze

Wobei - auch das Wasser der Flüsse ist salzhaltig, da der Salzgehalt aber unter einem Gramm pro Liter liegt, empfinden wir Flusswasser als "süß". Durch die Fließgeschwindigkeit bleibt wenig Zeit für die Verdunstung, so kann sich das Salz in Flüssen nicht ansammeln. Das Gegenteil passiert in den sogenannten Salzseen, die entweder von salzhaltigen Quellen gespeist werden, oder Seen ohne Abfluss sind, in denen es durch Verdunstung dann zu einer extrem hohen Salzanreicherung kommt, wie etwa im Toten Meer, das einen Salzgehalt von rund 28 Prozent aufweist.

Wobei das Gleichgewicht von Wasser und Salz für Fiebig in einem größeren Zusammenhang steht. "Besonders erstaunlich ist die grundsätzliche Stabilität, die auf unserer Erde herrscht. Das betrifft das ganze Ökosystem, auch Sauerstoffgehalt und Temperatur. Das Fenster, in dem Leben in unserer Art und Weise möglich ist, ist seit der letzten Eiszeit sehr stabil. Kommt es allerdings zu größeren Abweichungen, etwa im CO₂-Gehalt der Erdatmosphäre, kann das besonders für Arten mit zu hohen Populationen schnell tödlich enden. Umso schlimmer erscheint es, dass wir mit dem lebensspendenden System unseres eigenen Lebensraums nicht vorsichtig und vorausschauend umgehen", sagt er. (Foto: Privat)

Was wollten Sie schon immer wissen? Senden Sie Fragen an: wissen@diepresse.com

+++

"Gleichgewicht und Zusammenspiel von Meer und Salz funktionieren seit Jahrmillionen."

Markus Fiebig, Geologie, Boku

"Die Presse" vom 07.12.2019 Seite: 32 Ressort: Wf Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Wie nutzt man Land vernünftig?

Agrarökonomie. Um für die Landnutzung der Zukunft Modelle zu finden, die Wirtschaft und Ökologie vereinen, entwickeln Forscher mit allen beteiligten Interessengruppen neue Konzepte.

von Wolfgang Däuble

Zurück zur Natur - in Zeiten des Klimawandels ein beliebtes und dementsprechend kräftig vermarktetes Schlagwort. Es braucht unberührte Landschaften, ohne umgepflügte Äcker, stinkende Tierställe und hässliche Strommasten, je mehr davon, umso besser. So mögen viele - allen voran zivilisationsgesättigte Großstädter - denken.

Doch wie genau soll das funktionieren? Wenn man Flächen der Natur zurückgibt, wo und wie werden dann die für die Bevölkerung nötigen Nahrungsmittel angebaut? Welche Konsequenzen hat das tatsächlich für die Artenvielfalt? Und vor allem: Was ist mit den Menschen, die in der Region leben? Um solche Fragen der Landnutzung und ihrer Nachhaltigkeit zu beantworten, hat das deutsche Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung eine große europäische Studie durchgeführt, an der sich - unterstützt vom Technologieministerium und dem Wissenschaftsfonds FWF - auch österreichische Forscher beteiligt haben. Ihr Ansatz war ungewöhnlich: Anstatt einen rein akademischen Diskurs darüber anzustreben, welche Formen der Landnutzung das beste Ergebnis liefern würden, hat man in fünf Modellregionen Europas, darunter das niederösterreichische Mostviertel, möglichst viele Interessengruppen an einen Tisch gebracht. Mit diesen Stakeholdern wurden dann Szenarien entworfen, wie man in Zukunft die Ressourcen der Region vernünftig nutzen könnte.

"Zunächst ging es darum, die Ansprüche, die an eine Landschaft entstehen, abzubilden. Dazu zählen der landwirtschaftliche Ertrag, die Attraktivität für den Tourismus und die Ansprüche aus Eigentumsverhältnissen ebenso wie der Naturschutz und sogenannte Ökosystem-Dienstleistungen", beschreibt Martin Schönhart vom Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung an der Boku Wien die Vorgehensweise bei dem Projekt. Damit erkläre sich auch, warum es so wichtig sei, Stakeholder mit einzubinden, selbst wenn Kritiker das als unwissenschaftlich bezeichnen, betont der Agrarökonom. "Natürlich könnte man utopisch und nach rein wissenschaftlichem Kalkül ein Szenario entwerfen, aber in der Praxis lässt sich das meist nicht umsetzen. Viel naheliegender ist es doch, alle Menschen mit berechtigten Ansprüchen - und Landwirte haben genauso berechnete Ansprüche wie Naturschützer oder Bewohner einer Region - in die Planungsprozesse einzubinden, um sicherzustellen, dass sich etwas in die richtige Richtung bewegt."

Die Region Mostviertel wird derzeit im Norden intensiv ackerbaulich genutzt, im Süden dominieren hingegen weitläufige Grünland- und Rinderwirtschaft. Dort finden sich auch die für die Region typischen Apfel- und Birnbäume, die als touristischer Anziehungspunkt vermarktet werden. "Hier haben wir drei Szenarien für die zukünftige Landnutzung erarbeitet: Ein ausbalanciertes, das mehr oder weniger den derzeitigen Zustand weiterführt. Das ‚land sharing‘, das verstärkt auf Extensivierung (schonender Anbau mit geringem Einsatz von Maschinen, Dünger und Pestiziden, Anm.) setzt und viele Flächen der landwirtschaftlichen Produktion erhält. Und das ‚land sparing‘, bei dem relativ gravierend in die Landschaft eingegriffen wird - hier würde man viele Flächen außer Nutzung stellen und dafür auf den verbliebenen die Landwirtschaft intensivieren", so Schönhart.

Wälder oder Kulturlandschaft?

Bei allen Szenarien habe man zum Teil überraschende Zielkonflikte festgestellt, betont der Forscher. Beim "land sharing" würde es etwa zu großen Sprüngen in der Artenvielfalt kommen, besonders, wenn man Wiesenflächen zwei- oder sogar nur einmal im Jahr mäht, anstatt der üblichen vier bis fünf Mal.

Durch das reduzierte Düngen wären jedoch auch Ertrag und Nährstoffdichte des Futters geringer, die damit gefütterten Kühe produzieren mehr klimaschädliches Methan. "Land sparing" würde dagegen zunächst zu einer Brachlandschaft auf den ungenutzten Flächen führen, die dann sukzessive verwaldet. Hier würde man zwar viel CO₂ im Holz binden und ein neues Biotop schaffen, dabei aber viele Arten verdrängen, die auf die Agrarflächen angewiesen sind, sagt Schönhart. "Seit Jahrtausenden gibt es hier Kulturlandschaften, an die sich auch Flora und Fauna angepasst haben. Die Frage ist also: Was genau will man schützen?"

Eine abschließende Antwort, welche Landnutzung nun ideal sei, gebe es natürlich nicht, betont der Forscher. Die Studie sei aber ein Beitrag, um faktenbasierte Entscheidungen für diese und ähnliche Regionen zu treffen. Seit Sommer dieses Jahres arbeitet das Team an einer ähnlichen Fallstudie für den Wienerwald.

"Die Presse" vom 07.12.2019 Seite: 33 Ressort: Wf Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Österreichs stärkster Computer nimmt Betrieb auf

Informatik. An der Technischen Universität Wien steht die vierte Ausbaustufe des Großrechners Vienna Scientific Cluster. Er soll der heimischen Forschung für verschiedenste rechenaufwendige Fragestellungen zur Seite stehen.

Wie sah das Universum in den allerersten Sekundenbruchteilen nach dem Urknall aus? Wie wirkt sich die globale Erwärmung auf das Mikroklima der österreichischen Berge aus? Wie verhalten sich große Proteine, und welche Quanteneffekte treten in neuen Materialien auf? Für Fragen, die sich mitunter der menschlichen Vorstellungskraft entziehen, die aber durchaus mit mathematischen Modellen simuliert werden können, steht seit dieser Woche ein neues Werkzeug in Wien bereit, das den internationalen Vergleich nicht scheuen muss.

Viermal schneller als Vorläufer

Der Vienna Scientific Cluster 4 (VSC-4) rangiert unter den 500 stärksten Computern der Welt auf Platz 93. Mit 2,7 Petaflops (Millionen Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde) im Dauerbetrieb ist er mehr als viermal schneller als sein Vorgänger, VSC-3. Maßgeblich finanziert vom Wissenschaftsministerium soll das acht Millionen Euro teure Gemeinschaftsprojekt der TU Wien, Uni Wien, Boku, TU Graz und Uni Innsbruck heimischen Forschern zur Verfügung stehen, deren Projekte einen Peer-Review-Prozess erfolgreich durchlaufen, wissenschaftliche Exzellenz bewiesen und einen Bedarf an extrem hoher Rechenleistung nachgewiesen haben.

Installiert wurde der Großrechner bereits im Sommer an der TU Wien, doch bis alle Abnahmeprozesse abgeschlossen waren, musste sich die wissenschaftliche Gemeinschaft noch einige Monate gedulden. Nun ist die Maschine, deren Komponenten von dem chinesischen Computer- und Smartphone-Hersteller Lenovo stammen, voll funktionsfähig und bereits voll ausgelastet. Laut dem technischen Leiter der Anlage, Ernst Haunschmid, dauert es aber üblicherweise nur ein paar Stunden, bis man mit seinem Rechenauftrag an der Reihe ist.

Insgesamt verfügt der VSC-4 über 790 Knoten zu je zwei Prozessoren mit je 24 Kernen - zusammengezählt ergibt das wuchtige 37.920 Prozessorkerne. Die erzeugen auch eine Menge Wärme, die über ein eigens entwickeltes, energieeffizientes Kühlsystem abgeleitet wird, um die Stromkosten so niedrig wie möglich zu halten.

Wasser statt Öl zur Kühlung

Luftkühlung wie bei herkömmlichen Bürorechnern käme wegen der extremen Verdichtung der Leistung auf kleinstem Raum nicht infrage. Spezielle Kupferleitungen pumpen daher zehn Liter Wasser pro Sekunde um die Prozessoren - anders als bei seinem Vorgänger, dessen Rechenkerne in 35 Tonnen Paraffinöl gebadet wurden, 2014 noch der neueste Stand der Technik. Dennoch machen sich die 600 Kilowatt, die der VSC-4 maximal leistet, bemerkbar: In dem gut 17 Quadratmeter großen Raum, in dem er untergebracht ist, wird es über 50 Grad Celsius heiß.

Derzeit verwenden etwa 300 laufende Projekte verschiedenster Fachrichtungen mit in Summe etwa 1200 individuellen Benutzern die Systeme des VSC. (däu)

"Die Presse" vom 07.12.2019 Seite: 36 Ressort: Wf Österreich, Abend, Österreich, Morgen

Wissenswoche

Podiumsdiskussion: Reden wir über unser Wasser

Unsere Gewässer sind übernutzt und belastet, der Klimawandel verschärft die Situation. Das Institut für Hydrobiologie und Gewässermanagement der Boku Wien lädt am Montag, 9. Dezember, um 17 Uhr zu einer Debatte über damit verbundene neue Herausforderungen. Im Tüwi-Gebäude (Peter-Jordan-Straße 76, 19. Bezirk) diskutieren Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Umweltorganisationen.

"Salzburger Nachrichten" Nr. 285 vom 07.12.2019 Seite: 35 Ressort: wochenende Von: Sn Österreich

Die Soja-Bombe

Tofu ist keine Nationalspeise im Land der Fleischtiger. Wir verfüttern Soja – hauptsächlich an Hühner und Schweine, aber auch zur Leistungssteigerung an Rinder. Und das, obwohl sie als Wiederkäuer eigentlich auf Gras spezialisiert sind.

98 Prozent der pflanzlichen Eiweißbombe landen über den Umweg Tiermagen als Fleisch in unseren Mägen. Gerade weil wir heutzutage so viel tierisches Eiweiß zu uns nehmen, brauchen wir jede Menge pflanzliches Eiweiß, konkret: Soja. Und zwar weit mehr als Europa jemals produzieren kann. Der Selbstversorgungsgrad in der EU beläuft sich nämlich auf nur fünf Prozent. „Der weltbekannte Parmaschinken wird zu null Prozent mit italienischem Soja gefüttert“, erzählt ein Landwirt. Dabei baut kein EU-Land so viel Soja an wie Italien. Das kleine Österreich liegt übrigens mit jährlich 190.000 Tonnen an fünfter Stelle. Trotzdem kommt das Soja in den Futtertrögen der Mastschweine aus Übersee. Deswegen – und das ist die beunruhigende Nachricht – sind 90 Prozent des Schweinefleisches in Österreich gentechnikbelastet. Sogar wenn am Fleisch dann das AMA-Gütesiegel prangt.

Da stellen sich also einige Fragen: Wo landet das heimische Soja? Seit wann fressen Schweine so viel Soja? Und warum wird die Bohne für uns auf dem Teller noch immer als Exot gesehen?

Die Geschichte von Soja in Europa beginnt sogar mit einem Österreicher: Friedrich Haberlandt war ab dem Jahr 1872 Professor an der frisch gegründeten Universität für Bodenkultur (BOKU) in Wien. Auf der Wiener Weltausstellung 1873 schnappte er sich von japanischen Gästen ein paar Samen der heute globalen Pflanze für Anbauversuche. An Tierfütterung dachte er damals vorrangig nicht, sondern an den noch immer nicht ausgerotteten Hunger in armen k. u. k. Gebieten. So blieb Soja das Image des Arme-Leute-Essens in Kriegszeiten, viel prestigeträchtiger war natürlich Fleisch. Besonders seit der Nachkriegszeit steigt der Fleischkonsum. Das Resultat: immer intensivere Masttierhaltung.

„Ihr könnt Kohlenhydrate anbauen, aber wir liefern euch das Protein“, lautete die Parole der Amerikaner nach dem Krieg. Die USA wurden den ausgepressten Sojaabfall aus deren Ölproduktion zu guten Preisen los und stiegen zum weltweit größten Exporteur auf. Ein Handelsabkommen aus 1962 erlaubte es, zollfrei nach Europa zu verkaufen. Gleiches galt bald für Brasilien und Argentinien. Seitdem ist die globale Sojaproduktion von 17 auf 354 Millionen Tonnen um mehr als das 20-Fache gestiegen. Der BSE-Skandal verstärkte den Trend: Tiermehl als Futtermittel kam in Verruf und machte dann Schwein und Huhn endgültig von Allesfressern zu Veganern.

Das Thema ist besonders brisant für die Entwicklung des EU-Mercosur-Abkommens. Schließlich sind die Waldbrände im Amazonas teilweise auf die Industrie zurückzuführen, die mehr Rinderzucht und Sojaanbau ermöglichen will. Martin Häusling, Abgeordneter zum Europäischen Parlament (Grüne) stellte dazu Anfang Oktober eine parlamentarische Anfrage an die Kommission.

Futtermittel – besonders Eiweißfuttermittel – sind ein sensibles Thema für Tierhalter. Sie machen bei ihnen den größten Kostenblock aus. Und der Preis hängt wesentlich vom Soja ab: Ein paar Cent sind entscheidend. Kauft der Bauer das Soja zu teuer ein, kann ihn das am Ende leicht in die roten Zahlen stürzen – denn am Endpreis naschen auch Saatguthändler, das Logistikunternehmen, Futtermittelwerke, Zwischenhändler und die Ölmühle mit.

Ach ja, die Gene. Gentechnikfreiheit ist den Österreichern bekanntlich wichtig: Beim Volksbegehren dazu im Jahr 1997 haben sich 1,2 Millionen Menschen gegen transgene Lebensmittel ausgesprochen. Dass das Importsoja im österreichischen Schnitzelfleisch und im Speck meistens gentechnisch verändert ist, wissen aber nur die wenigsten.

Anders übrigens schaut es bei sogenanntem Donausoja aus. Diese Initiative gewinnt auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung. Die Ernte der gentechnikfrei zertifizierten Sojabohnen aus den Donauanrainerstaaten hat sich seit 2013 auf 4,8 Millionen Tonnen verdoppelt. Etwa 30 Prozent davon stammen übrigens aus der Ukraine.

Das kleine Österreich gestaltet den EU-Sojamarkt aus einem Grund wesentlich mit: Nicht was wir verfüttern, aber was wir anbauen, ist gentechnikfrei. Und Soja besetzt mittlerweile hinter Mais, Weizen und Gerste Platz 4 der Feldfrüchte-Hitliste. Doch die Hälfte des heimischen Sojas wird veredelt und ein Großteil als Drink, Tofu oder Mehl exportiert.

Auf 35 Prozent der Sojaanbauflächen arbeiten die Landwirte nach Kriterien der biologischen Landwirtschaft. Das ist der höchste Wert in Europa. Die rund 25.000 Hektar große Biosoja-Anbaufläche hat sich allein seit dem Vorjahr um 26 Prozent vergrößert. Und das ist eigentlich eine gute Nachricht: Körnerleguminosen wie Soja sind für biologische Bewirtschaftung doppelt super. Sie mehren Humus und verfügen über ein tiefreichendes Wurzelsystem, das den Unterboden lockert. Außerdem ermöglicht die Pflanze eine gesunde Fruchtfolge, also einen bodenschonenden Kreislauf an wechselnder Saat am Acker. Sie braucht nämlich keinen Dünger, weil sie sich Stickstoff selbst aus der Luft holt – ein ackerbaulicher Volltreffer für Biobauern, die keinen Mineraldünger einsetzen. „Bio Austria und andere wesentliche Bioqualitätsprogramme im Lebensmitteleinzelhandel verfüttern nur österreichisches Biosoja, auch im Futtermittelbereich“, sagt der Bio-Austria-Sprecher Markus Leithner. Hauptzielmärkte für chinesisches Biosoja seien Deutschland und Holland. Hier gibt es Eiweißversorgungslücken.

Fest steht: Die Eiweißumwandlung von Pflanze zu Tier ist wenig effizient. Aus der Menge Pflanzeneiweiß für nur eine Portion Rindfleisch könnten mindestens 14 satt machende Portionen Tofu hergestellt werden. Gleich mehr pflanzliches Eiweiß zu essen würde Umwelt und Gesundheit nicht schaden.

"Salzburger Nachrichten" vom 07.12.2019 Seite UNI6 Von: MARIA MAYER Beilage

Wo sind die Schmetterlinge?

Die Schmetterlinge sind in den letzten Jahrzehnten vor allem im Tiefland dramatisch zurückgegangen. Zwei Drittel weniger Individuen sind mittlerweile auf einigen Flächen vorhanden. Diesen Trend belegt auch eine Studie des kürzlich an die Uni Salzburg berufenen Professors für Zoologische Evolutionsbiologie, Jan Christian Habel.

"Vielleicht haben Sie es selbst auch schon beobachtet: Saßen früher an einem Sommerfliederstrauch oft 20 bis 30 Tagpfauenaugen, findet man heute vielleicht noch ein paar wenige Exemplare", sagt Jan Christian Habel (43). Im Frühjahr ist der Umweltwissenschaftler und Schmetterlingsforscher (Lepidopterologe) von der TU München einem Ruf an die Universität Salzburg gefolgt. Er leitet hier die AG Zoologische Evolutionsbiologie. Es ist evident: Neben dem Verschwinden von Arten kommt es auch zu einem massiven Verlust von Individuen. Experten sprechen von einem drastischen Rückgang der Abundanz der meisten Arten. Bisher wurde das vor allem für einige wenige lokale Lebensräume nachgewiesen. Kritiker dieser Studien wandten ein, dass diese Beobachtungen nicht ohne Weiteres generalisierbar seien.

In einer aktuellen Arbeit hat Habel nun - in Kooperation mit den Naturkundemuseen in Stuttgart und Karlsruhe - die Schmetterlinge flächendeckend für das gesamte deutsche Bundesland Baden-Württemberg über die letzten 150 Jahre analysiert. Mit 36.000 Quadratkilometern umfasst diese Studie für Mitteleuropa die bislang größte Untersuchungsfläche. "Die gute Nachricht: Alle Schmetterlingsarten sind noch vorhanden. Irgendwo auf dieser riesigen Fläche sieht man zumindest noch einige wenige Vertreter jeder Art. Die schlechte Nachricht ist: Die Abundanz ist dramatisch zurückgegangen, besonders über die letzten zwei Jahrzehnte. Etwa zwei Drittel aller ursprünglichen Vorkommen sind inzwischen verschwunden. Somit ist die Wahrscheinlichkeit, viele Individuen von unterschiedlichen Arten bei einem Spaziergang zu sehen, sehr gering geworden."

Der Hauptgrund für das Verschwinden der Falter ist die intensive Landwirtschaft mit chemischer Schädlingsbekämpfung, dem oftmaligen Mähen und dem häufigen Düngen (was zur Dominanz bestimmter, weniger Grasarten und dem Verschwinden blumenreicher Wiesen als Nahrungsquelle für Schmetterlinge führte). Weniger Schmetterlinge und generell weniger Insekten bedeuten auch eine verringerte Biomasse, was sich wiederum negativ auf die Nahrungsnetze auswirkt; als Folge ging die Zahl der Vögel in den letzten Jahren ebenfalls deutlich zurück.

Die Ausweisung von Naturschutzgebieten ist langfristig nicht die Lösung, um einen weiteren Verlust von Artenvielfalt aufzuhalten, sagt Habel. In einer seiner Studien zeigte er, dass - zumindest in kleinen isolierten Schutzgebieten - die Artenvielfalt langfristig nicht erhalten werden kann. Die Schutzgebiete seien oft zu klein und isoliert und verlieren dadurch im Laufe der Zeit zahlreiche Schmetterlingsarten. "Es kommen noch seltene Pflanzen vor, aber einen Großteil des Insekteninventars, wofür diese Schutzgebiete ursprünglich auch eingerichtet wurden, gibt es nicht mehr. Eine lokale Population kann schnell aussterben, besonders wenn sie bereits klein und geschwächt ist, und anschließend kommt es dann nicht mehr zu einer Wiederbesiedelung."

Habel sieht eine der wichtigsten Aufgaben der Wissenschaft auch darin, die gewonnenen Erkenntnisse in die Gesellschaft und die Politik zu tragen, mit dem Ziel, ein weiteres Artensterben aufzuhalten. "Noch ist nicht alles verloren. Manche Arten können sich an Umweltveränderungen anpassen. Was hierbei verhaltensbiologisch und auf der epigenetischen Ebene stattfindet, ist Teil meiner Forschung. Ein weiteres Forschungsziel ist, mehr über Kippunkte in Ökosystemen zu wissen. Wir nehmen an, dass ein solcher Kippunkt durch das Insektensterben überschritten werden könnte und dann ganze Systeme nicht mehr funktionieren. Wir wissen darüber bislang sehr wenig."

Relativ rasche positive Effekte für den Schmetterlingsbestand können auch einfache Maßnahmen haben wie das Anlegen von naturnahen Gärten oder von Blühstreifen als Futter für die Bestäuber und als Entwicklungslebensraum für die Larven. Das Wichtigste ist dem Umweltwissenschaftler zufolge, die Landschaft so zu gestalten, dass sie zugleich produktiv und naturverträglich ist:

Seit Kurzem arbeiten Habel und sein Team -in Kooperation mit dem Salzburger Haus der Natur -an einer Studie über die Schmetterlinge im Bundesland Salzburg. Das Haus der Natur hat einen sehr umfangreichen Datensatz zu den Schmetterlingen über die letzten 100 Jahre zusammengetragen. Auch in Salzburg sind in den letzten Jahren Arten ausgestorben, zum Beispiel der Alexis-Bläuling. Generell könne man -so Habel -sagen: Den Schmetterlingen in den Bergen geht es noch relativ gut, den Schmetterlingen im Tiefland hingegen nicht. Denn sobald intensiv gewirtschaftet werden könne, werde es auch gemacht, zum Schaden für die Insekten und andere Tier- und Pflanzenarten. In den Bergen hingegen kann häufig nicht intensiv gewirtschaftet werden, deswegen ist dort noch mehr Raum für Artenvielfalt. Allerdings gehe auch in den höheren Lagen zum Teil Lebensraum verloren. Ein Grund dafür ist die "Verbuschung". Wo sich eine Nutzung wirtschaftlich nicht lohnt, wird häufig die Bewirtschaftung aufgegeben, die ursprünglich offene Landschaft wächst mit Büschen zu und ist somit zahlreichen seltenen Tier- und Pflanzenarten verloren.

Studiert hat Habel Umweltwissenschaften und in dem Bereich der Populationsgenetik an der Universität Trier promoviert (2006). Seit seiner Doktorarbeit hat er sich auf Schmetterlinge spezialisiert. Auch die Habilitation auf dem Gebiet der Biogeografie befasste sich mit den Faltern. Habel hat nicht nur an Universitäten, sondern auch an etlichen Naturkundemuseen (zum Beispiel in Luxemburg oder Kenia) geforscht. ("Wenn wir etwas über Veränderungen lernen möchten, müssen wir über sehr große Zeiträume blicken und deswegen ist es ganz wichtig, mit Naturkundemuseen und Sammlungen zusammenzuarbeiten, die über unglaubliche Schätze wie umfangreiche Beobachtungsreihen verfügen.") Vor seinem Wechsel an die Universität Salzburg im März 2019 hat er am Lehrstuhl für Terrestrische Ökologie der TU München geforscht.

Als typisch für seine Arbeit nennt er die Vielfalt der Methoden und die unterschiedlichen Sichtweisen für die Bearbeitung einer Fragestellung. Das Repertoire reicht von der Populationsgenetik und Genomik, Biogeografie und Evolutionsbiologie, Verhaltensbiologie, Ökologie und dem Naturschutz bis hin zur Naturschutzpolitik. Sein aktuelles Thema ist die Rekonstruktion der Veränderung von Artengemeinschaften über lange Zeiträume.

Habel hat neben Projekten in Mitteleuropa auch viele Projekte in Subsahara-Afrika. "Genauso viele Projekte sollen aber hier in Österreich entstehen. Wir planen zum Beispiel Studien in der Großglockner-Gegend ebenso wie im Lungau. Schon seit 15 Jahren habe ich Kontakt zum Haus der Natur in Salzburg, aber auch an diverse Universitäten in Österreich, nach Graz, zur Boku und zum Naturkundemuseum in Wien werden die Kontakte gerade aufgebaut."

Die gute Nachricht: Alle Schmetterlingsarten sind noch vorhanden. Jan Christian Habel, Forscher

"Der Standard" vom 07.12.2019 Seite: 21 Ressort: ImmobilienStandard Von: Thorben Pollerhof Bundesland Abend, Bundesland

WG-Wohnen ohne Schnickschnack

Die Citycom 2 beherbergt 42 Wohngemeinschaften in einem Haus. Studierende, Young Professionals und Alleinstehende leben hier auf acht Stockwerken zusammen. Ein Besuch auf dem Nordbahnhofgelände.

Der Innenhof der Citycom 2 versprüht ein gewisses Urlaubsfeeling. Die Laubengänge, Verbindungselemente zwischen Stiege und Haustüren, erinnern an Pauschalreisen in nicht sehr teure Urlaubsorte und -anlagen. Aber Urlaub steht nicht im Vordergrund. Hier wohnen Studierende, Young Professionals und Alleinstehende gemeinsam unter einem Dach.

Einer von ihnen ist Thomas Fauster. Er ist 30 Jahre alt und Doktorand an der Universität für Bodenkultur. Er wohnt seit mittlerweile vier Jahren in einer Vierer-WG im siebten Stock. Sein eigenes abschließbares Zimmer hat rund 15 Quadratmeter. So zählt Fauster die Größe aber nicht: „Alleine könnte ich mir so eine Wohnung niemals leisten“, sagt er und meint damit den großen Gemeinschaftsraum, den jede WG hat. Denn insgesamt fasst die Wohnung 150 Quadratmeter.

Ein Haus aus Wohngemeinschaften. Das ist das Konzept der Citycom 2. 42 Dreier- bis Sechser-WGs gibt es hier im Nordbahnviertel auf insgesamt acht Etagen. Aufgebaut sind die Wohnungen alle gleich: ein großer Gemeinschaftsraum mit Küche, ein bis drei Bäder und die jeweiligen Zimmer plus Balkon bzw. Loggia. Kennt man eine, kennt man alle.

Darüber hinaus bietet die Citycom 2 diverse Extras für ihre Bewohner an: eine Fahrradwerkstatt im Keller, eine Sauna auf dem Dach. Das Café im Erdgeschoß hat mittlerweile zugesperrt. Waschmaschinen gibt es auch, für die man sich online anmelden kann.

Fauster ist über eine ehemalige Kollegin auf die Wohnung aufmerksam geworden. Wird ein Zimmer frei, haben die übrigen Bewohner zwei Monate lang Zeit, einen Nachfolger zu finden. Ab dann schreibt die Citycom 2 aus. Der Preis bleibt gleich, auch wenn die WG nicht ausgelastet ist.

Fauster gefiel die Wohnung, besonders der große Gemeinschaftsraum, von Anfang an. Auch die Lage sagte ihm zu. Zur Uni braucht er mit dem Fahrrad 15 Minuten: „Das war natürlich noch besser, als das Gelände vom Nordbahnhof noch nicht bebaut war.“ Jetzt schaut er von seinem Balkon aus auf die Baustelle des PPP-Projekts Campus Plus.

Auch wenn Fauster zufrieden ist, weiß er: „Das ist keine Wohnung, in der ich mein Leben verbringen will.“ Das ist auch nicht das Konzept der Citycom 2. Jeder Neuankömmling bekommt seinen eigenen Mietvertrag, der auf ein Jahr befristet ist. Dieses Konzept befeuert Zweck-WGs, heißt es aus Ehemaligen-Kreisen. Fauster hat diese Erfahrung bisher nicht gemacht. Bestätigen kann er aber die Lärmkonflikte mit den umliegenden, meist von jungen Familien bewohnten Häusern. In einem WG-Haus wird nun einmal etwas öfter gefeiert.

Für ein Zimmer verlangt das Österreichische Siedlungswerk 410 (6er-WG) bis 450 Euro (3er-WG). Für Fauster ein akzeptabler Preis, wie gesagt, er rechnet nicht nur sein eigenes Zimmer ein. Die Auslastung gibt dem Preis recht: Rund 90 Prozent der Zimmer sind zurzeit belegt.

Schön anzuschauen ist die Citycom 2 nicht. Das ist den Bewohnern des Hauses aber herzlich egal. Es hält, was es verspricht. Unkompliziertes Wohnen in jungen Gemeinschaften. Und in der Sauna auf dem Dach kommt doch etwas Urlaubsfeeling auf.

Bild: Foto: Michael Nagl

Bild: Jedes WG-Zimmer in der Citycom 2 verfügt über eine eigene Loggia oder einen eigenen Balkon.

"Süddeutsche Zeitung" vom 07.12.2019 Seite: 54 Ressort: Gesellschaft München, Bayern, Deutschland

FOTOALBUM

Gleich 70 Fotos hat Verena Altenberger zum Treffen in München mitgebracht. Bekannt wurde die 32-jährige Salzburgerin als polnische Altenpflegerin in der Comedyserie "Magda macht das schon". Am Sonntag ermittelt sie zum zweiten Mal im Münchner "Polizeiruf 110" PROTOKOLLE: MARTIN LANGEDER

Krampusse Das ist die Wohnküche meiner Oma in Dorfgastein südlich von Salzburg, entweder an einem 5. oder an einem 6. Dezember. Bis heute gehören der Krampus- und der Nikolaustag zu meinen Lieblingstraditionen. Neben der Lisi-Oma in der blauen Kleiderschürze sitzen meine Großtante, meine Taufpatin, meine Großcousine, ich und meine Mama im roten Pullover. Wir warten darauf, dass es an der Tür klopft und der Nikolaus mit dem Körbelträger kommt, der einen riesigen Korb am Rücken hat, in dem die Geschenke sind. Der Ablauf hat sich bis heute nicht geändert: Der Nikolaus trägt ein Gedicht vor, dann wird gemeinsam gebetet oder gesungen.

So weit, so gut. Aber dann kommen die Krampusse mit ihren großen Schellen. Oh Gott, ich war immer so nervös! Wenn ich solche Schellen heute höre, geht mein Puls sofort auf 220. Die Krampusse schlagen auf den Tisch, ziehen die Kinder an den Ohren. Dabei wird es wahnsinnig laut. Die etwas älteren Kinder gehen hinterher in den Ort und rufen die Krampusse: "Krampal le le, hast d'Hosen voll Flöh!" Dabei versuchen sie, sich nicht erwischen zu lassen. Wenn die Krampusse einen doch kriegen, dann wird man eingesalzen, wie wir sagen, also mit Schnee eingerieben.

Überlebensgroß What the fuck! Das war mein erster Gedanke, als ich in Hannover dieses riesige Plakat mit mir gesehen habe. Beim Spazieren mit einer Freundin habe ich plötzlich an jeder Ecke Werbung für die erste Staffel der Comedyserie "Magda macht das schon!" gesehen. Mit der Hauptrolle dieser lebenslustigen Altenpflegerin bin ich 2017 einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden. Die Dreharbeiten lagen zu diesem Zeitpunkt schon etwas länger zurück. Es fühlte sich für mich so an, als ob ein fremder Mensch eine fremde Serie bewirbt. Es macht mich stolz, dass wir es geschafft haben, bei RTL eine Ausländerin als strahlende Heldin zu platzieren. Noch dazu in einem Randthema, das die Pflege ja leider immer noch ist. Das Lustige ist: Ich bin eine Österreicherin, die in Deutschland eine Polin spielt. Multikulti lebt.

WG-Kind Ich bin etwa ein Jahr alt und sitze auf der Wiese vor dem Schloss Schönbrunn in Wien. Meine Eltern waren Studenten Anfang zwanzig, als sie mich bekommen haben. Die Mama hat damals in Wien studiert, der Papa in Innsbruck. Sie haben ihr Studium am jeweiligen Ort fertig gemacht und sind erst danach zusammengezogen. Mein Papa hat sehr gerne fotografiert und hat sich von seinem ersten Geld eine gute Spiegelreflexkamera gekauft - damit ist auch dieses Foto aufgenommen worden.

Meine Mama war immer eine working mum. Das Studium abzubrechen kam für sie nicht infrage. Sie hat nicht zurückgesteckt für mich - und genau das finde ich richtig. Es gab damals an der Universität für Bodenkultur, wo sie Agrarwissenschaften studiert hat, keine Krabbelstube. Damit sie mich gut versorgt weiß, hat sie kurzerhand mit ein paar anderen Studentinnen eine Krabbelstube gegründet, die es bis heute gibt. Mein Papa, der bei einer Bank arbeitet, schimpft mich zwar immer, wenn ich sage, dass er und die Mama Hippies waren, aber es stimmt einfach. Obwohl beide extrem bodenständig geprägt wurden, war ihr Denken immer schon wahnsinnig liberal. Meine ersten Lebensjahre habe ich in einem Gemeindebau in einer Wohngemeinschaft verbracht. Eines meiner liebsten Kinderlieder war die Internationale. Zu meinen ganz frühen Erinnerungen gehören Studentenpartys, in denen ich in einer Ecke schlafe. Und ich erinnere mich auch an ein Open-Air-Konzert von Hubert von Goisern, zu dem mich meine Eltern mitgenommen haben. Ich sehe viele Leute auf einer Wiese, die alle summen. Das klang so krass in meinen Ohren.

Theaterluft Hier sitze ich im Kostüm der Königin aus dem Märchen "Der gestiefelte Kater" auf dem Fenstersims der Garderobe im Akademietheater und rauche eine Premierenzigarette. Normalerweise bin ich Nichtraucherin - aber während meiner Zeit am Wiener Burgtheater, zu dem auch das Akademietheater gehört, gab es das Ritual, nach der Premiere eine zu rauchen. Das Engagement am Burgtheater war für mich wichtig, weil es für meine Familie wichtig war, denn das Burgtheater war ihnen ein Begriff. Meine Eltern hätten es mir zwar nie verboten, aber sie waren schon etwas skeptisch, als ich mit 24 Jahren nach dem abgeschlossenen Publizistikstudium an die Schauspielschule ging. Zur ersten Premiere haben sie mir einen Blumenstrauß nach Hause geschickt, mit einer Karte, auf der stand: "Für unsere Schauspielerin zur Premiere, toi, toi, toi".

Ungeschminkt Hier posiere ich am Set vom "Polizeiruf 110" aus München, in dem ich seit diesem Jahr die Ermittlerin Elisabeth "Bessie" Eyckhoff spiele. Die Uniform ist ziemlich dreckig, weil wir gerade eine Verfolgungsjagd durch das Gestrüpp an der Isar gedreht haben. Mir taugt es, wenn ich mich bei Dreharbeiten auspowern kann. Für diesen Film habe ich zum ersten Mal mit Dominik Graf gearbeitet. Das war großartig. Er hat mich bei der Leseprobe immer von der Seite angeschaut. Ich dachte mir: "Was hat er denn?" Er sagte: "Du wirst ständig rot!" Daraufhin bin ich erst recht rot geworden. "Das ist ein Geschenk, weil deine Haut arbeitet mit den Emotionen, du darfst keinen Tropfen Make-up draufmachen." Also bin ich in diesem Film tatsächlich komplett ohne Schminke.

Ziegenkäse Ich bin in meiner Kindheit sehr viel umgezogen. Der Winklhof, gut zehn Kilometer von Salzburg entfernt, ist der Ort, an dem ich mich am meisten zu Hause gefühlt habe. Als ich 13 Jahre alt war, sind wir auf den mehr als 500 Jahre alten Hof gekommen, den meine Mutter als Direktorin der dort ansässigen Landwirtschaftsschule geleitet hat, als erste Frau in dieser Position in Österreich. Darauf war ich sehr stolz. Meine Jugendjahre habe ich also mit Kühen, Schweinen, Schafen, Pferden und Bienen verbracht. Wenn ich in der Nähe bin, fahre ich heute immer noch zum Bauernmarkt am Winklhof, der jeden Mittwoch und Freitag stattfindet. Ich bin nämlich vollkommen abhängig vom Ziegenkäse mit Kräutern, der dort verkauft wird.

Farbe Hier lasse ich gerade die Alkoholfarbe trocknen, die ich mir für die Rolle als heroinabhängige Mutter in dem Film "Die beste aller Welten" auf die Zähne gepinselt habe. Dazu muss man fünf Minuten den Mund offen halten. Abends muss man dann mit Alkohol ordentlich schrubben, damit die Farbe runtergeht, ziemlich unangenehm. Für diese Rolle war ich Monate nicht beim Friseur, habe die Augenbrauen nicht gezupft, die Beine nicht rasiert, die Fingernägel nicht gemacht - das hat viel Zeit gespart.

Wettrodeln Immer im Jänner trifft sich die Verwandtschaft mit hundert Teilnehmern in Gastein zum Knappen-Rodeln, was ein ziemlich professioneller Wettbewerb ist. Zuletzt war ich 2017 am Start - und bin Vorletzte geworden, denn ich hatte keine Zeit zu trainieren. Neben mir rodelte meine acht Jahre jüngere Schwester Judith, auch Schauspielerin. Wir sind nicht sehr vertraut aufgewachsen, aber heute ist sie der wichtigste Mensch in meinem Leben. Ich bin die Ältere, die Vernünftige, sie die Jüngere, die Wildere. Vieles, was ich mir erkämpfen musste, hat sie in ihrem Mindset selbstverständlich verankert. Das bewundere ich.

Bild: Fotos: Imago, privat (7), Landwirtschaftliche Fachschule Winklhof

"Kronen Zeitung" vom 06.12.2019 Seite 20,22,24 Ressort: Lokal Von: HELGA KROMP-KOLB Wien Mitte Morgen, Burgenland Morgen, NOE Morgen, Vorarlberg Morgen, Wien Nord Morgen, Wien Süd Morgen, Wien West Morgen, Kaernten Morgen, OOE Morgen, Salzburg Morgen, Steiermark Morgen, Tirol Morgen

Klimakrise Fragen & Antworten

Ist EURATOM zukunftsfähig?

Österreich hat zu Recht mit Luxemburg das neue EURATOM-Programm blockiert. Der Vertrag begründet die Atomgemeinschaft, deren Ziel ist, die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien zu ermöglichen. Dies, weil „Kernindustrien zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beitragen“. Der Vertrag wurde 1957 errichtet, zu einer Zeit, als man sich von der Kernenergie noch wahre Wunder versprach. Obwohl sich diese als Schimäre erwiesen haben, ist der Vertrag weitgehend unverändert geblieben und atmet immer noch diesen Geist. Nuklearkritische NGOs haben deswegen wiederholt gefordert auszusteigen. Das ist jedoch umstritten: Änderungen der Gemeinschaft erreicht man besser, wenn man ein Teil davon ist. Es ist befriedigend zu sehen, dass die österreichische Regierung nun auf Basis dieser Mitgliedschaft die nicht zukunftsfähige Programmorientierung infrage stellt. Von der finnischen EU-Präsidentschaft unterstützt, gibt es starke Bemühungen, Kernenergie voranzutreiben. Das Argument, dies sei nötig, um bis 2050 klimaneutral zu werden, ist vorgeschoben und unhaltbar. Schön, dass wenigstens Österreich und Luxemburg hinweisen, dass der Kaiser keine Kleider hat!

Sie haben auch brennende Fragen zur Klimakrise? Dann schreiben Sie uns doch ein E-Mail an klimakrise@kronenzeitung.at

Helga Kromp-Kolb ist Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien und Österreichs führende Expertin für Klimaschutz.

"ots.at" gefunden am 06.12.2019 09:54 Uhr

WWF: Über 5.500 WissenschaftlerInnen fordern starkes EU-Wasserrecht.

Offener Brief zum Schutz der Wasserrahmenrichtlinie – Unterstützung von mehr als 20 ForscherInnen aus Österreich

Brüssel / Wien, am 6. Dezember 2019. (OTS) - Um den katastrophalen Artenrückgang in Flüssen und Seen zu stoppen, richten sich mehr als 5.500 Forscherinnen und Forscher aus ganz Europa in einer gemeinsamen Erklärung an die EU-Kommission und fordern die Beibehaltung und konsequente Umsetzung des wichtigsten EU-Wasserschutzgesetzes – der Wasserrahmenrichtlinie. Die Umweltschutzorganisation WWF fordert die Politik auf, die Empfehlungen der Wissenschaft ernst zu nehmen. „Industrie- und Wirtschaftslobbys wollen den ökologischen Gewässerschutz aufgrund kurzfristiger Profitinteressen aufweichen und sabotieren. Daher müssen sich sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung im Zuge des aktuellen Fitnesschecks klar für die Wasserrahmenrichtlinie in ihrer jetzigen Form aussprechen. Zusätzlich muss die nationale Umsetzung endlich in die Gänge kommen“, fordert Bettina Urbanek vom WWF Österreich und nimmt vor allem die neue EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen in die Pflicht. „Jede Abschwächung der Richtlinie würde den angekündigten ‚European Green Deal‘konterkarieren“, so die WWF-Gewässerschutzexpertin.

Weil die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie seit Jahren säumig sind, ist jede dritte Fischart in Europa gefährdet. Die Zahl der Amphibien erlebt einen steten Rückgang. Mehrere Arten sind gar vom Aussterben bedroht, auch bei Süßwasserinsekten gibt es erhebliche Verluste. Einer der Unterzeichner aus Österreich ist Assoz. Univ.-Prof. Dr. Steven Weiss, von der Universität Graz. Der Süßwasser-Biodiversitätsexperte bewertet die Wasserrahmenrichtlinie als „das beste Instrument, um auf EU-Ebene und in Österreich sicherzustellen, dass Europa langfristig über gesunde und widerstandsfähige Süßwasserkörper zur Unterstützung von Mensch und Natur verfügt“.

Der offene Brief zur Beibehaltung der Wasserrahmenrichtlinie wurde namentlich unterzeichnet von 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zwölf Institutionen, die zusammen über 5.500 Forscherinnen und Forscher repräsentieren. Diese decken ein breites Forschungsspektrum zu gefährdeten Arten ab - von Amphibien über Fische bis hin zu Vögeln und Insekten. Aus Österreich haben insgesamt 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterzeichnet – unter anderem von der Universität für Bodenkultur, Universität Wien, Universität Graz, Universität Innsbruck, der Akademie der Wissenschaften und der Donau Universität Krems.

Laufend werden neue Unterschriften zur gemeinsamen Erklärung hinzugefügt. Der Offene Brief ist online zu finden unter: <https://scientists4wfd.com>

Rückfragen & Kontakt:

Vincent Sufiyan, WWF-Pressesprecher, Tel. 0676 83488 308, E-Mail: [vincent.sufiyan @ wwf.at](mailto:vincent.sufiyan@wwf.at)

Bettina Urbanek, Gewässerexpertin WWF Österreich, Tel. 01/48817-275, E-Mail: [bettina.urbanek @ wwf.at](mailto:bettina.urbanek@wwf.at)

"ots.at" gefunden am 06.12.2019 12:33 Uhr

Die Parlamentswoche von 9. - 13. Dezember 2019

EU-Hauptausschuss, Nationalrat, Präsentation SORA-Demokratiemonitor, Buchpräsentationen

Wien (PK) - Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Zur Diskussion in der Nationalratssitzung am 11. Dezember stehen unter anderem eine Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre, die finanzielle Absicherung des Vereins für Konsumenteninformation für das kommende Jahr und die Einfügung neuer Straftatbestände in das Strafgesetzbuch zur Ahndung von Betrug mit EU-Geldern. Nationalratspräsident Sobotka lädt zur Präsentation des Demokratiemonitors des SORA-Instituts, Bundesratspräsident Bader zu den Buchpräsentationen "Raum neu denken" und "Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie".

Dienstag, 10. Dezember 2019

17.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und das Institute for Social Research and Consulting (SORA) laden zur Präsentation des Österreichischen Demokratie Monitors zum Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung. Martina Zandonella und Günter Ogris präsentieren seitens des SORA-Instituts die Forschungsergebnisse sowie zukünftige Implikationen für die Demokratie in Österreich. Die Nationalratsabgeordneten Nico Marchetti (ÖVP), Eva Maria Holzleitner (SPÖ), Michael Schnedlitz (FPÖ), Barbara Neßler (GRÜNE) und Yannick Shetty (NEOS) geben Statements ab. Parlamentssprecher Karl-Heinz Grundböck moderiert die Veranstaltung. (Hofburg, Dachfoyer)

17.00 Uhr: Eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats trifft mit Bundesratspräsident Karl Bader zu einer Aussprache zusammen.

17.30 Uhr: Der Immunitätsausschuss befasst sich mit den Ersuchen der Staatsanwaltschaft Leoben um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Wolfgang Zanger und der Staatsanwaltschaft Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Herbert Kickl. (Bibliothekshof, Lokal 6)

18.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und das Institut für Föderalismus laden gemeinsam zur Buchpräsentation "Raum neu denken - Von der Digitalisierung zur Dezentralisierung". Bundesratspräsident Bader übernimmt die Begrüßung und gibt eine Einführung in das Thema. Direktor Peter Bußjäger und Projektkoordinator Georg Keuschnigg vom Institut für Föderalismus stellen das Buch vor. (Stubenring 8-10, Großer Prunksaal)

Mittwoch, 11. Dezember 2019

08.30 Uhr: Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Themen werden u.a. der Klimaschutz und der mehrjährige Finanzrahmen sein. (Hofburg Segmentbogen, Lokal 7)

10.00 Uhr: Die Nationalratssitzung beginnt mit einer Aktuellen Stunde und einer Aktuellen Europastunde. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht dann eine mögliche Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre sowie die zukünftige Finanzierung des VKI. Debattiert wird auch über die erste Regierungsvorlage in der neuen Gesetzgebungsperiode, die der Budgetausschuss plenumsreif gemacht hat. Damit sollen im Zuge der Korruptionsbekämpfung Subventionsbetrug und Förderungsmissbrauch mit EU-Geldern als neue Tatbestände Eingang in das Strafgesetzbuch finden. Auch eine Reihe an ersten Lesungen steht am Programm. Darüber hinaus sollen weitere Fachausschüsse gewählt werden.

Nähere Informationen finden Sie in den Aussendungen "TOP im Nationalrat" der Parlamentskorrespondenz. (Hofburg, Großer Redoutensaal)

Nach Schluss der Sitzung tagt der Unvereinbarkeitsausschuss.

12.00 Uhr: Nationalratspräsident Sobotka übergibt im Rahmen der Aktion "Ö3 Wundertüte" vom Parlament gesammelte Handys an Georgi Lossmann-Iliev von "magdas Recycling", Philipp Hansa von Ö3 sowie Michael Landau und Margit Draxl von der Caritas. (Hofburg, BesucherInnenzentrum)

13.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka trifft mit Frankreichs Botschafter François Saint-Paul zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Donnerstag, 12. Dezember 2019

17.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und der Böhlau Verlag laden gemeinsam zur Buchpräsentation "Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie". Bundesratspräsident Bader begrüßt die Gäste, einleitende Worte kommen von Böhlau-Verlagsleiterin Waltraud Moritz. Danach spricht Autor Raoul Kneucker über das Buch. An der Podiumsdiskussion nehmen Zweiter Präsident des Nationalrats a.D. Heinrich Neisser, der ehemalige Rektor der Universität für Bodenkultur Manfred Welan sowie Elsa Hackl vom

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung teil. (Stubenring 8-10) (Schluss) keg/lan

HINWEIS: Aktuelle Termine finden Sie im Online-Terminkalender des Parlaments. MedienmitarbeiterInnen haben mit Presseausweis Zutritt zu Veranstaltungen. Sitzungen des Nationalrats und des Bundesrats können auch via Livestream mitverfolgt werden und sind als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar. Folgen Sie dem österreichischen Parlament auf Facebook, Twitter und Instagram oder melden Sie sich für ein kostenloses E-Mail-Abo der Parlamentskorrespondenz an.

Rückfragen & Kontakt:

Pressedienst der Parlamentsdirektion

Parlamentskorrespondenz

Tel. +43 1 40110/2272 [pressedienst @ parlament.gv.at](mailto:pressedienst@parlament.gv.at) <http://www.parlament.gv.at>
www.facebook.com/OeParl www.twitter.com/oeparl

"orf.at" gefunden am 06.12.2019 12:12 Uhr

5.500 Wissenschaftler fordern starkes EU-Wasserrecht

Um den „katastrophalen Artenrückgang in Flüssen und Seen zu stoppen“, haben sich mehr als 5.500 Forschende aus ganz Europa in einer gemeinsamen Erklärung an die EU-Kommission gewandt.

Sie fordern die Beibehaltung und konsequente Umsetzung des wichtigsten EU-Wasserschutzgesetzes – der Wasserrahmenrichtlinie, berichtete die Umweltschutzorganisation WWF.

Der offene Brief zur Beibehaltung der Wasserrahmenrichtlinie wurde namentlich unterzeichnet von 500 Wissenschaftlern sowie zwölf Institutionen, die zusammen über 5.500 Forscher repräsentieren. Diese decken ein breites Forschungsspektrum zu gefährdeten Arten ab – von Amphibien über Fische bis hin zu Vögeln und Insekten.

Aus Österreich haben insgesamt 20 Wissenschaftler unterzeichnet, unter anderem von der Universität für Bodenkultur, Universität Wien, Universität Graz, Universität Innsbruck, der Akademie der Wissenschaften und der Donau Universität Krems.

"orf.at" gefunden am 06.12.2019 18:18 Uhr

5.500 Wissenschaftler fordern starkes EU-Wasserrecht

Um den „katastrophalen Artenrückgang in Flüssen und Seen zu stoppen“, haben sich mehr als 5.500 Forschende aus ganz Europa in einer gemeinsamen Erklärung an die EU-Kommission gewandt.



Sie fordern die Beibehaltung und konsequente Umsetzung des wichtigsten EU-Wasserschutzgesetzes, der Wasserrahmenrichtlinie, berichtete die Umweltschutzorganisation WWF.

Der offene Brief zur Beibehaltung der Wasserrahmenrichtlinie wurde namentlich unterzeichnet von 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zwölf Institutionen, die zusammen über 5.500 Forscher repräsentieren. Diese decken ein breites Forschungsspektrum zu gefährdeten Arten ab – von Amphibien über Fische bis zu Vögeln und Insekten.

Aus Österreich haben insgesamt 20 Forschende unterzeichnet, unter anderem von der Universität für Bodenkultur, Universität Wien, Universität Graz, Universität Innsbruck, der Akademie der Wissenschaften und der Donau Universität Krems.

red, ORF.at/ Agenturen

"tv.orf.at" gefunden am 06.12.2019 12:09 Uhr

Studio 2

**mit Verena Scheitz und Norbert Oberhauser: Bio-Essen für die BOKU-Mensa |
Lebensmittelkunde: Weihnachtsmenü | Wasser Stadt Wien | "Licht ins Dunkel"-
Adventkalender | Stargast: Bettina Balàka**

Bio-Essen für die BOKU-Mensa

Vor einem halben Jahr hat die Universität für Bodenkultur in Wien ihre Mensa auf Bio umgestellt: 100% BIO-Fleisch, Geflügel und Wurstwaren, das Obst- und Gemüse wird ebenfalls auf regionale österreichische BIO-Produkte umgestellt. Wir haben nachgefragt, wie das bei den Studentinnen und Studenten ankommt und auch, wie dieses Projekt finanzierbar ist.

Lebensmittelkunde: Weihnachtsmenü

Dass Avocado zwar gut schmecken aber fürs Klima ein wahre Sünde sind, hat sich in dieser wissbegierigen und aufgeschlossenen Zeit herumgesprochen. Aber viele Lebensmittel, die auf den heimischen Weihnachtstisch kommen, sind genauso schädlich für die Umwelt. Welche das sind und welche Alternativen es gibt, weiß unsere Kulinarik-Journalistin und Kochbuch – Autorin Katharina Seiser.

"museum-joanneum.at" gefunden am 06.12.2019 11:47 Uhr

Themenabend zu „Klimawandel und Tourismus“ und BOKU Wien zu Gast im Naturkundemuseum in Graz

Der Klimawandel wird jeden Tag sichtbarer und hat nicht nur Auswirkungen auf unseren Alltag, sondern auch auf unser Freizeitverhalten. Bei der diesjährigen Veranstaltung Der Klimawandel und die Steiermark am 12. und 13.12.2019 stehen der Tourismus sowie unsere Böden im Mittelpunkt. Der Tourismus ist einerseits vom Klimawandel betroffen und andererseits dessen Mitverursacher. Die Keynote am 12.12. um 18 Uhr von Ulrike Pröbstl-Haider (BOKU Wien) geht der Frage nach, ob Tourismus ein Verursacher des Klimawandels oder Wegbereiter für einen neuen Lebensstil ist. Am 13.12. ist die BOKU Wien zu Gast und vermittelt den ganzen Tag Wissenswertes zum Thema "Boden". Der Eintritt ist an beiden Tagen frei.



Der Themenabend am 12. Dezember bietet Vorträge, Stationen und die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Nach der Keynote können sich Interessierte von 19 bis 22 Uhr bei vier Stationen zu den Schwerpunkten „Wetter/Klima“, „Faktencheck“, „Natur/Mensch“ und „Stadt/Land“ mit Expertinnen und Experten der ZAMG – Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, des Naturschutzbundes Steiermark, des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel, der BOKU Wien sowie der Stadt Graz, des Landes Steiermark und des Grazer Naturkundemuseums austauschen. Einige der Themen sind „Grazer Tourismus im Zeichen des Klimawandels“, „Welche Auswirkungen auf Winter- und Sommertourismus sind zu erwarten?“, „Steirische Schutzgebiete – Kleinode mit Tourismusfaktor?“, „Tierischer Tourismus – gekommen, um zu bleiben?“ oder „Die Argumente der Klimaskeptiker im Faktencheck“.

Nach dem Auftaktabend ergänzt der Aktionstag BOKU Wien zu Gast am 13. Dezember das Programm. Gemeinsam mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der BOKU kann von 10 bis 15 Uhr in sechs Stationen beobachtet, untersucht und experimentiert werden. In Anlehnung an die aktuelle Ausstellung Die dünne Haut der Erde erfährt man Wissenswertes zum Thema „Boden und Klimawandel“ aus verschiedenen Forschungsbereichen. Von der Vorstellung verschiedener Bodenprofile über die Mikrobiologie der Böden und den Erhalt der Kulturlandschaften bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Böden werden vielfältige Themen interaktiv erfahrbar gemacht.

Das ausführliche Programm sowie Bildmaterial finden Sie unter: [Schauplatz Natur 2019](#)

Der Klimawandel und die Steiermark. Rund um den Tourismus

Donnerstag, 12.12.2019, 18–22 Uhr

Eintritt frei

BOKU Wien zu Gast

Freitag, 13.12.2019, 10–15 Uhr

Eintritt frei

Naturkundemuseum, Joanneumsviertel, 8010 Graz www.naturkunde.at

In Kooperation mit: CCCA, Climate Change Centre Austria, Graz; Karl-Franzens-Universität Graz, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel; Klimabündnis Steiermark; Land Steiermark, Referat Energietechnik und Klimaschutz; Naturschutzbund Steiermark; Stadt Graz, Umweltamt; Umwelt-Bildungs-Zentrum Steiermark; Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Meteorologie; Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Landschaftsentwicklung, Erholungs- und Naturschutzplanung; ZAMG, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Graz

Sollten Sie Interesse an Interviews mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben, organisieren wir diese gerne. Wir freuen uns über Ihr Kommen, Ihre Berichterstattung und stehen für Rückfragen sehr gerne zur Verfügung.

"citizen-science.at" gefunden am 06.12.2019 16:10 Uhr

Anreise und Unterkunft

Tagungsort Die 6. Österreichische Citizen Science Konferenz findet am Campus der Universität Wien im Alten AKH statt.

Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Mit dem Flugzeug:

Buchen Sie Ihren Flug zur 6. Österreichischen Citizen Science Konferenz online unter www.austrian.com und sparen Sie 15% auf alle gültigen Tarife! Geben Sie bei der Buchung einfach den Code CSK20 im Feld Gutschein ein.

Bedingungen:

Buchungszeitraum: jetzt bis 06. Mai 2020

Gültig für Flüge nach Wien und zurück zwischen dem 30. April und dem 15. Mai 2020 (Tag des Rückfluges) auf Linienflügen der Austrian Airlines.

Kommen Sie vom Flughafen Wien, stehen Ihnen mehrere Möglichkeiten zur Auswahl um zum Alten AKH zu gelangen. Zum einen können sie den City Airport Train (CAT) für 12€ nehmen und zum anderen können Sie die S7 Richtung Laa/Thaya nehmen. Steigen Sie bei der Station Wien Mitte in die U4 Richtung Heiligenstadt um, und fahren Sie mit dieser bis zur Haltestelle Schottentor. Nun können Sie entweder mit der Straßenbahnlinie 1 (Richtung Stefan-Fadinger-Platz) bis zur Station Schottentor fahren und dann mit der Straßenbahnlinie 43 (Richtung Neuwalde) bis Lange Gasse, oder Sie nehmen die Straßenbahn 33 (Richtung Josefstädter Straße U) bis zur Station Lange Gasse. Des Weiteren können Sie mit der U4 auch bis zur Station Friedensbrücke fahren und dann die Straßenbahnlinie 5 (Richtung Westbahnhof S+U) ebenfalls bis zur Station Lange Gasse nehmen. Von dort trennen Sie 8 Minuten Fußweg von dem Uni Wien Campus Altes AKH.

Mit dem Zug:

Befinden Sie sich am Hauptbahnhof, nehmen Sie am besten die U1 (Richtung Leopoldau) und steigen bei der Station Karlsplatz entweder in die Straßenbahnlinie 71 (Richtung Börse), oder in die Straßenbahnlinie D (Richtung Nußdorf, Beethovengang) um. Bei der Station Schottentor steigen Sie in die Straßenbahnlinie 43 (Richtung Neuwaldegg) ein und fahren bis zur Station Lange Gasse. Gehen Sie anschließend wie am Plan oben eingezeichnet. Der Fußweg dauert ca. 8 Minuten. Ebenso können Sie mit der Straßenbahnlinie D (Richtung Nußdorf, Beethovengang) fahren, bei der Station Schottentor in die Straßenbahnlinie 43 (Richtung Neuwaldegg) wechseln und bei der Station Lange Gasse aussteigen. Folgen Sie dem eingezeichneten Weg am Plan oben um zum Uni Wien Campus Altes AKH zu gelangen.

Um vom Westbahnhof zum Uni Wien Campus Altes AKH zu gelangen, können Sie entweder die Straßenbahnlinie 5 (Richtung Praterstern S+U) nutzen und bis zur Haltestelle Lange Gasse fahren. Außerdem können Sie mit der U6 (Richtung Floridsdorf) bis zur Station Alser Straße fahren und von dort mit der Straßenbahnlinie 43 (Richtung Schottentor U) bis zur Station Lange Gasse. Von dort gehen Sie 8 Minuten bis zum Alten AKH.

Umliegende Unterkünfte

Hotels unterschiedlicher Kategorien mit ermäßigten Konditionen zum Zeitpunkt der Konferenz können Sie hier buchen.

Die Konferenz wird organisiert durch

Logo 2017 fin01 RGBhighres UniWien Logo 2016

Die Konferenz wird unterstützt von

UniWien Logo 2016 BOKU Logo

BMBWF Logo LBG

Kooperationspartner

BsW Logo m Claim WEB

Logo Schweiz Forscht RGB d PWA key visual mit Titel

"dieoption.at" gefunden am 06.12.2019 15:12 Uhr Von: Karin Bornett

Zukunftsweisendes Gebäudekonzept in NÖ

Aktuell läuft ein weltweit einzigartiges Forschungsprojekt im Wohnbau zwischen der BOKU, dem Ingenieurbüro Hofbauer und Treberspurg & Partner Architekten: Ein in Passivhausbauweise errichtetes Doppelhaus in Purkersdorf in Niederösterreich ist mit einer Bauteilaktivierung mit prädiktiver Steuerung ausgestattet, die das Heizen und Kühlen des Gebäudes unter Berücksichtigung von Wetterprognosen regelt.



Die Bauteilaktivierung zeichnet sich dadurch aus, dass der Beton als Energiespeicher genutzt wird. Die Trägheit des Energiespeichers Beton ermöglicht die kostengünstige und effiziente Zwischenspeicherung von Sonnen- und Windenergie. „Ein ganz wichtiges Thema, da das Heizen und Kühlen von Gebäuden in Zukunft ohne fossile Energieträger erfolgen soll“, meint Sebastian Spaun, Geschäftsführer der Vereinigung der Österreichischen Zementindustrie.

Im Forschungsprojekt mit dem Namen „TAB-Scale“ wird nun gemessen, ob sich unter Berücksichtigung von Wetterprognosedaten ein messbarer Vorteil für den Gebäudebetrieb ergibt und wie groß dieser in unterschiedlichen Situationen erwartet werden kann. Dafür werden Informationen über zukünftige Entwicklungen der Außentemperatur und der solaren Einstrahlungsleistung der nächsten 24 bis 48 Stunden verarbeitet. Die Daten werden mit Temperaturfühlern, die in den Stahlbetonwänden einbetoniert sind, erhoben. So kann das Haus rechtzeitig auf die prognostizierte Wetterlage reagieren. Künftig sollen noch weitere Komponenten, wie zum Beispiel Strompreise berücksichtigt werden.

Das in Passivhausbauweise errichtete Haus ist entsprechend dem konstruktiven und energetischen Konzept als Stahlbetonkonstruktion mit hoher Speichermasse ausgeführt. Ziel ist es, die am Haus mittels Photovoltaik und am Grundstück mittels Tiefenbohrungen gewonnene Energie sowie die passive Solarenergie zu nutzen und zu speichern. Das Passivhaus ist nach den Kriterien des solaren Bauens geplant und mit einer Bauteilaktivierung ausgestattet, die sämtliche Heiz- und Kühlfunktionen des Gebäudes übernimmt. Die Energieversorgung für Heizung und Warmwasser erfolgt über eine Wärmepumpe mit Erdreichtiefensonden als Wärmequellen. Ein beträchtlicher Teil des Strombedarfs wird durch eine Photovoltaikanlage am Dach

abgedeckt. Neben einer hoch wärmedämmenden Gebäudehülle mit Passivhauskomponenten ist das Gebäude zudem mit einer Wohnraumlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung inklusive Zusatzheizungsfunktion ausgestattet.

Mit hohen Decken und riesigen Fensterfronten sowie einer klugen Raumaufteilung bietet das Doppelhaus ein ausgeklügeltes Wohnkonzept und bestimmt eine hohe Lebensqualität für seine Bewohner*innen. „Mit diesem Forschungsprojekt möchten wir einen wichtigen Beitrag in Bezug auf nachhaltige Gebäude leisten“, so Martin Treberspurg von Treberspurg & Partner Architekten. „Das Gebäude kann als Baustein eines Smart-City-Konzepts gesehen werden, in dem Gebäude nicht nur dezentral Energie produzieren, sondern diese auch speichern können.“ Ziel des Forschungsprojekts ist es, diese zukunftsweisende und kostengünstige Technologie für den mehrgeschoßigen sozialen Wohnbau nutzbar zu machen.

Bild: Treberspurg & Partner Architekten

Dieser Beitrag wurde von der Option-Community erstellt.

"diepresse.com" gefunden am 06.12.2019 18:33 Uhr

Österreichs stärkster Computer nimmt Betrieb auf

An der Technischen Universität Wien steht die vierte Ausbaustufe des Großrechners Vienna Scientific Cluster. Er soll der heimischen Forschung für verschiedenste rechenaufwendige Fragestellungen zur Seite stehen.



37.920 Prozessorkerne bringen 2,7 Petaflops an Rechenleistung am VCR-4, dem leistungsfähigsten Rechner Österreichs. (c) derknopfdruecker.com.

Wie sah das Universum in den allerersten Sekundenbruchteilen nach dem Urknall aus? Wie wirkt sich die globale Erwärmung auf das Mikroklima der österreichischen Berge aus? Wie verhalten sich große Proteine, und welche Quanteneffekte treten in neuen Materialien auf? Für Fragen, die sich mitunter der menschlichen Vorstellungskraft entziehen, die aber durchaus mit mathematischen Modellen simuliert werden können, steht seit dieser Woche ein neues Werkzeug in Wien bereit, das den internationalen Vergleich nicht scheuen muss.

Viermal schneller als Vorläufer

Der Vienna Scientific Cluster 4 (VSC-4) rangiert unter den 500 stärksten Computern der Welt auf Platz 93. Mit 2,7 Petaflops (Millionen Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde) im Dauerbetrieb ist er mehr als viermal schneller als sein Vorgänger, VSC-3. Maßgeblich finanziert vom Wissenschaftsministerium soll das acht Millionen Euro teure Gemeinschaftsprojekt der TU Wien, Uni Wien, Boku, TU Graz und Uni Innsbruck heimischen Forschern zur Verfügung stehen, deren Projekte einen Peer-Review-Prozess erfolgreich durchlaufen, wissenschaftliche Exzellenz bewiesen und einen Bedarf an extrem hoher Rechenleistung nachgewiesen haben.

Installiert wurde der Großrechner bereits im Sommer an der TU Wien, doch bis alle Abnahmeprozesse abgeschlossen waren, musste sich die wissenschaftliche Gemeinschaft noch einige Monate gedulden. Nun ist die Maschine, deren Komponenten von dem chinesischen Computer- und Smartphone-Hersteller Lenovo stammen, voll funktionsfähig und bereits voll ausgelastet. Laut dem technischen Leiter der Anlage, Ernst Haunschmid, dauert es aber üblicherweise nur ein paar Stunden, bis man mit seinem Rechenauftrag an der Reihe ist.

Insgesamt verfügt der VSC-4 über 790 Knoten zu je zwei Prozessoren mit je 24 Kernen – zusammengezählt ergibt das wuchtige 37.920 Prozessorkerne. Die erzeugen auch eine Menge Wärme, die über ein eigens entwickeltes, energieeffizientes Kühlsystem abgeleitet wird, um die Stromkosten so niedrig wie möglich zu halten.

Wasser statt Öl zur Kühlung

Luftkühlung wie bei herkömmlichen Bürorechnern käme wegen der extremen Verdichtung der Leistung auf kleinstem Raum nicht infrage. Spezielle Kupferleitungen pumpen daher zehn Liter Wasser pro Sekunde um die Prozessoren – anders als bei seinem Vorgänger, dessen Rechenkerne in 35 Tonnen Paraffinöl gebadet wurden, 2014 noch der neueste Stand der Technik.

Dennoch machen sich die 600 Kilowatt, die der VSC-4 maximal leistet, bemerkbar: In dem gut 17 Quadratmeter großen Raum, in dem er untergebracht ist, wird es über 50 Grad Celsius heiß.

Derzeit verwenden etwa 300 laufende Projekte verschiedenster Fachrichtungen mit in Summe etwa 1200 individuellen Benutzern die Systeme des VSC. (däu)

("Die Presse", Print-Ausgabe, 07.12.2019)

37.920 Prozessorkerne bringen 2,7 Petaflops an Rechenleistung am VCR-4, dem leistungsfähigsten Rechner Österreichs. (c) derknopfdruecker.com.

"holzkurier.com" gefunden am 06.12.2019 12:24 Uhr

Woher stammt das Holz?

Ökonomische, umsetzbare Lösungen zur Nachverfolgung von Holz

An der Universität für Bodenkultur (BOKU) fand von 27. bis 29. November in Wien das erste Evergreen Innovation Camp statt. Dies geschah in Form eines 48-Stunden-Hackathons. Über 70 Studierende und Young Professionals aus Österreich, Deutschland und der Schweiz arbeiteten an Lösungsansätzen für die Nachverfolgung von Holz.

"sbg.lko.at" gefunden am 06.12.2019 09:51 Uhr

60. Österreichische Pflanzenschutztage

Die Österreichischen Pflanzenschutztage am 26. und 27. November 2019 in Seggau standen heuer unter dem Motto: „60 Jahre Nachhaltigkeit durch Integrierten Pflanzenschutz – gerüstet für die Ernährungssicherung der Zukunft“.

Präsident Dr. Josef Rosner konnte im Saal des Schlosses Seggau rund 400 interessierte Zuhörer begrüßen. Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für integrierten Pflanzenschutz wurde 1959 in Wien gegründet – sie hat sich immer mit aktuellen Themen des Pflanzenschutzes befasst. Es werden Fachveranstaltungen organisiert (Österreichische Pflanzenschutztage, Kremser Gespräche, Fachexkursionen), in Arbeitskreisen werden Themen wie Gerätetechnik, Lückenindikationen, Öffentlichkeitsarbeit, etc. behandelt. Demnächst wird eine aktualisierte Leitlinie für ein Gütezeichen für Pflanzenschutzneugeräte präsentiert.

Aktuell gibt es 563 Mitglieder, indirekt gibt es über die Mitgliedschaft vieler Verbände knapp 4.000 Mitglieder.

Gemäß dem Tagungsmotto beleuchteten am Vormittag die Referenten (Dr. Leonhard Steinbauer/Versuchsstation Haidegg, Dr. Joseph-Alexander Verreet/Uni Kiel, Dr. Andreas von Tiedemann/Uni Göttingen) die Bedeutung des Pflanzenschutzes für eine nachhaltige Ernährungssicherung. Im Jahr 2050 wird die Weltbevölkerung wahrscheinlich 9 Mrd. Menschen umfassen, allein für Afrika wird eine Zunahme von 1,7 Mrd. erwartet. Für die Ernährung dieser Bevölkerung stehen nur rund 4 % der Weltoberfläche zur Verfügung, das bedeutet 0,16 ha pro Person. Bei anhaltend gleicher Lebensweise wären bis 2050 die Erträge demnach zu verdoppeln. Es besteht jedoch durch den fortschreitenden Klimawandel und die höheren Temperaturen die Gefahr, dass die Bedingungen für die Produktion sich dramatisch ändern könnten und damit auch die Erträge sinken. Nach internationalen Studien beträgt der Ertragsverlust ohne Pflanzenschutz ca. 30 bis 40 %, das kann jedoch bei manchen Kulturen deutlich höher liegen. Der Ertragsfortschritt im letzten Jahrhundert lag teilweise zwischen 200 und 300 %, es wurden die Sorten deutlich verbessert, Düngung und Pflanzenschutz optimiert aber auch Anbau und Erntetechnik perfektioniert. Dadurch konnte der Hunger auf der Welt deutlich reduziert werden, aktuell wird geschätzt, dass „nur“ noch rund 850 Mio. Menschen hungern. In der westlichen Welt gibt es aber heute eine deutliche Technologieskepsis, unerwünschte Nebenwirkungen von Pflanzenschutzmitteln werden – im Gegensatz zur Medizin – nicht akzeptiert. Durch strengere Zulassungsverfahren wurde das Risiko durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den letzten Jahren deutlich reduziert, aber auch die Verfügbarkeit dieser Produkte ist gesunken und wird wahrscheinlich weiter sinken. Durch den Verlust von Pflanzenschutzmitteln besteht auch die Gefahr des Verlustes an Produktivität. Manche Kulturen wie Raps werden durch das Fehlen gezielter wirksamer Pflanzenschutzmittel immer schwieriger zu produzieren. Die Kosten für die Entwicklung von neuen Pflanzenschutzmitteln sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen, aktuell liegen sie bei rund 280 Mio. Euro für ein neues Präparat. Die Forschung konzentriert sich zunehmend auch auf biologische Wirkstoffe. Für die Praxis wird es daher wichtiger, integrierte Ansätze inkl. digitaler Lösungen stärker in Betracht zu ziehen, diese haben jedoch ihre Grenzen, wenn die Anzahl der verfügbaren Wirkstoffgruppen sinkt und dadurch die Resistenzgefahr steigt.

Frau Professor Dr. Siegrid Steinkellner präsentiert einen Teil der Machbarkeitsstudie zu einem möglichen Ausstieg aus Glyphosat. Der Wirkstoff wurde von den europäischen Zulassungsbehörden als nicht krebserregend, nicht erbgutschädigend und nicht teratogen eingestuft. Der österreichische Nationalrat hat im Sommer ein Verbot beschlossen, welches am 1. Jänner 2020 in Kraft treten soll. Die inzwischen nach der Tagung eingelangte Stellungnahme der EU-Kommission lässt rechtlich einige Fragen offen. Ob es für die Produkte Abverkaufs- und Anwendungsfristen gibt, ist zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht klar. Grundsätzlich ist zu sagen, dass der Wirkstoff bei konservierenden Bodenbearbeitungsverfahren ein wichtiger

Baustein u.a. für den Erosionsschutz ist. Stehen glyphosathältige Produkte in Zukunft nicht mehr zur Verfügung, wird der Trend zurück zu wendender Bodenbearbeitung zunehmen.

Die Auswirkungen des Einsatzes von Glyphosat auf die Biodiversität werden teilweise überschätzt, auch mit mechanischen Methoden werden Unkräuter zum Absterben gebracht, die Auswirkungen auf Nützlinge sind indifferent zu betrachten, dh. es gibt in der Literatur keinen eindeutigen Trend für negative Effekte, bei Spinnen wurde ein leicht negativer Einfluss festgestellt, dies könnte jedoch auch auf das Fehlen von Pflanzen zurückzuführen sein. Aus den Literaturrecherchen geht auch hervor, dass es keine Reduktion der Mikroorganismen im Boden gibt, teilweise konnte sogar eine höhere mikrobielle Aktivität festgestellt werden, auch bezüglich Auswirkungen auf die Mykorrhiza (Bodenpilze) gibt es keine klaren Aussagen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ein sachgerechter Einsatz von Glyphosat keinen Rückschluss auf den Rückgang der Biodiversität zulässt.

In Deutschland wurde in vielen Versuchen in unterschiedlichen Regionen festgestellt, dass Mulchsaatenverfahren im Mais auch ohne den Einsatz von glyphosathaltigen Produkten möglich sind. DI Klaus Gehring von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft sieht lediglich Probleme bei Zwischenfrüchten wo ein hoher Anteil von Ausfallgetreide vorhanden ist.

Das Thema resistente Unkräuter wird in Österreich auch im Maisbau aktuell, südlich der Alpen hat man bereits Hühnerhirse gefunden, die auf sogenannte „ALS-Hemmer“ (Sulfonylharnstoffe und verwandte Produkte) nicht mehr reagiert. Wichtig ist es daher im Mais, ein sogenanntes Wirkstoffgruppenresistenzmanagement durchzuführen, dh. mindestens ein wenig resistenzgefährdeter Wirkstoff (zB Chloracetamide, Pendimethalin, Mesotrione, Pyridate, Dicamba) pro Jahr zum Einsatz kommen soll, mindestens zwei verschiedene Wirkungsmechanismen je Überfahrt (Mehrfachmischungen sind hier besser als Spritzfolgen) und maximal ein ALS-Hemmer pro Jahr (dieser nur in Mischungen). In Anbetracht der Resistenzproblematik könnte das früher bereits praktizierte System aus Bandspritzung und Hacke wieder mehr Bedeutung gewinnen, so Dr. Martin Schulte von der Firma Syngenta. Mechanische Methoden sind zeitaufwändiger und haben auch einen hohen Energiebedarf.

Mykorrhizapilze haben vielfach positive Auswirkungen auf Pflanzen. Sie liefern ihnen unter anderem Nährstoffe wie Phosphor, fördern das Wachstum, verbessern die Wasserversorgung und erhöhen die Trockentoleranz. In einer Literaturrecherche wurde untersucht, welche Einflüsse es durch menschliche Aktivitäten auf diese Pilze gibt. Zu negativen Einflüssen durch Fungizide findet man unterschiedliche wissenschaftliche Ergebnisse. Herbizide und Insektizide können auch Effekte haben, einige Herbizide (inkl. Glyphosat) sogar einen positiven. In Summe sind lt. Dr. Steinkellner von der Univ. für Bodenkultur die Daten teilweise widersprüchlich und das Wissen allgemein dazu noch limitiert. Das Zusammenspiel von Bodenbearbeitung, Pflanzenschutz, etc. muss noch weiter untersucht werden.

Das Thema Drahtwurm wird in vielen Regionen immer aktueller. Dr. Michael Zellner von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft präsentiert Versuche mit biologischen und chemisch-synthetischen Präparaten. Generell ist zu Drahtwurm zu sagen, dass in den letzten Jahren sehr unterschiedliche Arten mit unterschiedlicher Biologie dh. Entwicklungszyklen, auftreten. Auf alle Arten trifft zu, dass die Eier, die Larven und die Puppen auf Trockenheit sehr empfindlich reagieren. Deshalb waren mechanische Methoden nach der Ernte den chemischen Varianten ebenbürtig bzw. teilweise sogar besser. Eine viermalige Stoppelbearbeitung von August bis Anfang September erreichte wie die chemischen bzw. biologischen Methoden einen Wirkungsgrad von 60 %. Ab Mitte September kann dann eine Zwischenfrucht gesät werden. Mag. Katharina Wechselberger von der AGES berichtet über ein Drahtwurmmonitoring, das in Österreich heuer gestartet wurde und über www.warndienst.at abgerufen werden kann. Das Thema Drahtwurm gelangte im Frühjahr auch in die Medien, da rund 5 bis 10 % der österreichischen Kartoffelernte 2018 unverkäuflich war (ca. 2 Mrd. Euro Schaden). Neben mechanischen Methoden wird auch eine Überwachung bzw. ein Fang der Käfer mit Pheromonen

überlegt, eine Verwirrmethode ist nur für gewisse Arten möglich, biologische Präparate sind ebenfalls sehr artspezifisch.

Paul Krennwallner von der Firma Syngenta berichtet über das neue insektizide Granulat Force Evo, das heuer gegen Drahtwürmer und Maiswurzelbohrer zugelassen wurde. Der Wirkstoff Tefluthrin ist ein synthetisches Pyrethroid und besitzt nur Kontakt- und Fraßwirkung. Bei geringem Befallsdruck von *Diabrotica* genügen 16 kg/ha, bei hohem Druck sind 20 kg/ha notwendig. Gegen Drahtwurm sind in Kartoffel 16 kg/ha zugelassen, die Ausbringung erfolgt mit eigenen Mikrogranulatstreuern inkl. Diffusoreinrichtung. Das Produkt besitzt auch einen gewissen Dampfdruck, ist jedoch nicht systemisch. Im Granulat befinden sich auch noch Dünger wie zB Stickstoff, Phosphor, Mangan und Zink. Bei der Ausbringung ist darauf zu achten, dass kein Granulat an der Bodenoberfläche liegen bleibt. Auf den Anwenderschutz (Staubentwicklung) ist zu achten.

"parlament.gv.at" gefunden am 06.12.2019 12:39 Uhr

Die Parlamentswoche von 9. - 13. Dezember 2019

EU-Hauptausschuss, Nationalrat, Präsentation SORA-Demokratiemonitor, Buchpräsentationen

Wien (PK) – Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Zur Diskussion in der Nationalratssitzung am 11. Dezember stehen unter anderem eine Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre, die finanzielle Absicherung des Vereins für Konsumenteninformation für das kommende Jahr und die Einfügung neuer Straftatbestände in das Strafgesetzbuch zur Ahndung von Betrug mit EU-Geldern. Nationalratspräsident Sobotka lädt zur Präsentation des Demokratiemonitors des SORA-Instituts, Bundesratspräsident Bader zu den Buchpräsentationen "Raum neu denken" und "Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie".

Dienstag, 10. Dezember 2019

17.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und das Institute for Social Research and Consulting (SORA) laden zur Präsentation des Österreichischen Demokratie Monitors zum Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung. Martina Zandonella und Günter Ogris präsentieren seitens des SORA-Instituts die Forschungsergebnisse sowie zukünftige Implikationen für die Demokratie in Österreich. Die Nationalratsabgeordneten Nico Marchetti (ÖVP), Eva Maria Holzleitner (SPÖ), Michael Schnedlitz (FPÖ), Barbara Neßler (GRÜNE) und Yannick Shetty (NEOS) geben Statements ab. Parlamentssprecher Karl-Heinz Grundböck moderiert die Veranstaltung. (Hofburg, Dachfoyer)

17.00 Uhr: Eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats trifft mit Bundesratspräsident Karl Bader zu einer Aussprache zusammen.

17.30 Uhr: Der Immunitätsausschuss befasst sich mit den Ersuchen der Staatsanwaltschaft Leoben um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Wolfgang Zanger und der Staatsanwaltschaft Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Herbert Kickl. (Bibliothekshof, Lokal 6)

18.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und das Institut für Föderalismus laden gemeinsam zur Buchpräsentation "Raum neu denken – Von der Digitalisierung zur Dezentralisierung". Bundesratspräsident Bader übernimmt die Begrüßung und gibt eine Einführung in das Thema. Direktor Peter Bußjäger und Projektkoordinator Georg Keuschnigg vom Institut für Föderalismus stellen das Buch vor. (Stubenring 8-10, Großer Prunksaal)

Mittwoch, 11. Dezember 2019

08.30 Uhr: Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Themen werden u.a. der Klimaschutz und der mehrjährige Finanzrahmen sein. (Hofburg Segmentbogen, Lokal 7)

10.00 Uhr: Die Nationalratssitzung beginnt mit einer Aktuellen Stunde und einer Aktuellen Europastunde. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht dann eine mögliche Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre sowie die zukünftige Finanzierung des VKI. Debattiert wird auch über die erste Regierungsvorlage in der neuen Gesetzgebungsperiode, die der Budgetausschuss plenumsreif gemacht hat. Damit sollen im Zuge der Korruptionsbekämpfung Subventionsbetrug und Förderungsmissbrauch mit EU-Geldern als neue Tatbestände Eingang in das Strafgesetzbuch finden. Auch eine Reihe an ersten Lesungen steht am Programm. Darüber hinaus sollen weitere Fachausschüsse gewählt werden.

Nähere Informationen finden Sie in den Aussendungen "TOP im Nationalrat" der Parlamentskorrespondenz. (Hofburg, Großer Redoutensaal)

Nach Schluss der Sitzung tagt der Unvereinbarkeitsausschuss.

12.00 Uhr: Nationalratspräsident Sobotka übergibt im Rahmen der Aktion "Ö3 Wundertüte" vom Parlament gesammelte Handys an Georgi Lossmann-Iliev von "magdas Recycling", Philipp Hansa von Ö3 sowie Michael Landau und Margit Draxl von der Caritas. (Hofburg, BesucherInnenzentrum)

13.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka trifft mit Frankreichs Botschafter François Saint-Paul zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Donnerstag, 12. Dezember 2019

17.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und der Böhlau Verlag laden gemeinsam zur Buchpräsentation "Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie". Bundesratspräsident Bader begrüßt die Gäste, einleitende Worte kommen von Böhlau-Verlagsleiterin Waltraud Moritz. Danach spricht Autor Raoul Kneucker über das Buch. An der Podiumsdiskussion nehmen Zweiter Präsident des Nationalrats a.D. Heinrich Neisser, der ehemalige Rektor der Universität für Bodenkultur Manfred Welan sowie Elsa Hackl vom

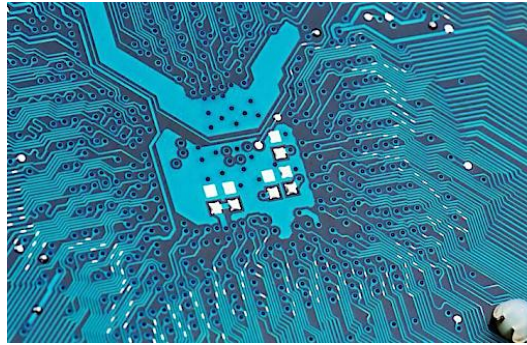
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung teil. (Stubenring 8-10) (Schluss) keg/lan

HINWEIS: Aktuelle Termine finden Sie im Online-Terminkalender des Parlaments. MedienmitarbeiterInnen haben mit Presseausweis Zutritt zu Veranstaltungen. Sitzungen des Nationalrats und des Bundesrats können auch via Livestream mitverfolgt werden und sind als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar. Folgen Sie dem österreichischen Parlament auf Facebook, Twitter und Instagram oder melden Sie sich für ein kostenloses E-Mail-Abo der Parlamentskorrespondenz an.

"economyaustria.at" gefunden am 06.12.2019 10:45 Uhr

Neuer Supercomputer für die Forschung

Österreichs leistungsfähigster Computer startet Betrieb für wissenschaftliche Forschung. Als Gemeinschaftsprojekt mehrerer Unis durchbricht der „Vienna Scientific Cluster 4“ erstmals die Petaflop-Schallmauer und erreicht 2,7 Millionen Milliarden Rechenoperationen - pro Sekunde.



(red/mich) Mit dem neuen „Vienna Scientific Cluster 4“ steht der österreichischen Wissenschaft nun ein Supercomputer auf Weltklassenniveau zur Verfügung. Mit der VSC-4-Maschine wird dabei erstmals in Österreich die sogenannte Petaflop-Schallmauer durchbrochen. Der Megacomputer schafft im Dauerbetrieb 2,7 Petaflops (Millionen Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde) und belegt damit aktuell in der Top-500-Weltrangliste Platz 93.

Beim Vienna Scientific Cluster 4 handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von fünf österreichischen Universitäten mit TU-Wien, Uni Wien, Boku Wien, TU Graz und Uni Innsbruck. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung finanziert den Hauptanteil des Projekts. Die Komponenten stammen von Lenovo, installiert wurde der VSC-4 von der Firma EDV-Design.

Gemeinsam mehr Leistung

„Die Strategie der VSC-Partneruniversitäten, gemeinsam einen Supercomputer auf internationalem Spitzenniveau zu betreiben, hat sich in den vergangenen Jahren bestens bewährt“, so Regina Hitzemberger, Vizerektorin für Infrastruktur an der Universität Wien, und Johannes Fröhlich, Vizerektor für Forschung und Innovation an der TU Wien, als Vertreter der VSC-Eigentümer.

„Mit Unterstützung des Wissenschaftsministeriums können wir gemeinsam unseren Forschungsgruppen ausgezeichnete Infrastruktur im Bereich High-Performance-Computing zur Verfügung stellen. Für eine Universität alleine wäre das in dieser Qualität nicht möglich“, so die Uni-Manager weiter.

Vom Urknall über Medizin bis Verkehrsmanagement

In Summe verfügt der VSC-4 Supercomputer über 790 Knoten zu je 2 Prozessoren mit je 24 Kernen – also insgesamt 37.920 Prozessorkerne. Um Energie zu sparen erhielt der VSC-4 eine speziell entwickelte effiziente Wasserkühlung. „Mit dem VSC-4 ist sichergestellt, dass der Wissenschaftsstandort Österreich im Bereich High-Performance-Computing auch in Zukunft einen internationalen Spitzenplatz einnehmen kann“, betont Iris Rauskala, Wissenschaftsministerin.

Wie schon seine Vorgänger VSC, VSC-2 und VSC-3 wird auch der VSC-4 für eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Forschungsbereiche genutzt. Das Spektrum reicht von Simulationen des frühen Universums kurz nach dem Urknall über Bioinformatik und medizinische Simulationen bis hin zu

quantenphysikalischen Berechnungen für die Entwicklung neuer Materialien oder Modellen zum optimalen Management öffentlicher Verkehrsmittel.

"brandaktuell.at" gefunden am 06.12.2019 09:53 Uhr

WWF: Über 5.500 WissenschaftlerInnen fordern starkes EU-Wasserrecht.

Brüssel / Wien, am 6. Dezember 2019. (OTS) – Um den katastrophalen Artenrückgang in Flüssen und Seen zu stoppen, richten sich mehr als 5.500



Forscherinnen und Forscher aus ganz Europa in einer gemeinsamen Erklärung an die EU-Kommission und fordern die Beibehaltung und konsequente Umsetzung des wichtigsten EU-Wasserschutzgesetzes – der Wasserrahmenrichtlinie. Die Umweltschutzorganisation WWF fordert die Politik auf, die Empfehlungen der Wissenschaft ernst zu nehmen. „Industrie- und Wirtschaftslobbys wollen den ökologischen Gewässerschutz aufgrund kurzfristiger Profitinteressen aufweichen und sabotieren. Daher müssen sich sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung im Zuge des aktuellen Fitnesschecks klar für die Wasserrahmenrichtlinie in ihrer jetzigen Form aussprechen. Zusätzlich muss die nationale Umsetzung endlich in die Gänge kommen“, fordert Bettina Urbanek vom WWF Österreich und nimmt vor allem die neue EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen in die Pflicht. „Jede Abschwächung der Richtlinie würde den angekündigten ‚European Green Deal‘ konterkarieren“, so die WWF-Gewässerschutzexpertin.

Weil die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie seit Jahren säumig sind, ist jede dritte Fischart in Europa gefährdet. Die Zahl der Amphibien erlebt einen steten Rückgang. Mehrere Arten sind gar vom Aussterben bedroht, auch bei Süßwasserinsekten gibt es erhebliche Verluste. Einer der Unterzeichner aus Österreich ist Assoz. Univ.-Prof. Dr. Steven Weiss, von der Universität Graz. Der Süßwasser-Biodiversitätsexperte bewertet die Wasserrahmenrichtlinie als „das beste Instrument, um auf EU-Ebene und in Österreich sicherzustellen, dass Europa langfristig über gesunde und widerstandsfähige Süßwasserkörper zur Unterstützung von Mensch und Natur verfügt“.

Der offene Brief zur Beibehaltung der Wasserrahmenrichtlinie wurde namentlich unterzeichnet von 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zwölf Institutionen, die zusammen über 5.500 Forscherinnen und Forscher repräsentieren. Diese decken ein breites Forschungsspektrum zu gefährdeten Arten ab – von Amphibien über Fische bis hin zu Vögeln und Insekten. Aus Österreich haben insgesamt 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterzeichnet – unter anderem von der Universität für Bodenkultur, Universität Wien, Universität Graz, Universität Innsbruck, der Akademie der Wissenschaften und der Donau Universität Krems.

Laufend werden neue Unterschriften zur gemeinsamen Erklärung hinzugefügt. Der Offene Brief ist online zu finden unter:

[<https://scientists4wfd.com>] (<https://scientists4wfd.com>)

"brandaktuell.at" gefunden am 06.12.2019 12:34 Uhr

Die Parlamentswoche von 9. – 13. Dezember 2019

Wien (PK) – Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13.



Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Zur Diskussion in der Nationalratssitzung am 11. Dezember stehen unter anderem eine Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre, die finanzielle Absicherung des Vereins für Konsumenteninformation für das kommende Jahr und die Einfügung neuer Straftatbestände in das Strafgesetzbuch zur Ahndung von Betrug mit EU-Geldern. Nationalratspräsident Sobotka lädt zur Präsentation des Demokratiemonitors des SORA-Instituts, Bundesratspräsident Bader zu den Buchpräsentationen „Raum neu denken“ und „Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie“.

Dienstag, 10. Dezember 2019

17.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und das Institute for Social Research and Consulting (SORA) laden zur Präsentation des Österreichischen Demokratie Monitors zum Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung. Martina Zandonella und Günter Ogris präsentieren seitens des SORA-Instituts die Forschungsergebnisse sowie zukünftige Implikationen für die Demokratie in Österreich. Die Nationalratsabgeordneten Nico Marchetti (ÖVP), Eva Maria Holzleitner (SPÖ), Michael Schnedlitz (FPÖ), Barbara Neßler (GRÜNE) und Yannick Shetty (NEOS) geben Statements ab. Parlamentssprecher Karl-Heinz Grundböck moderiert die Veranstaltung. (Hofburg, Dachfoyer)

17.00 Uhr: Eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats trifft mit Bundesratspräsident Karl Bader zu einer Aussprache zusammen.

17.30 Uhr: Der Immunitätsausschuss befasst sich mit den Ersuchen der Staatsanwaltschaft Leoben um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Wolfgang Zanger und der Staatsanwaltschaft Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Herbert Kickl. (Bibliothekshof, Lokal 6)

18.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und das Institut für Föderalismus laden gemeinsam zur Buchpräsentation „Raum neu denken -Von der Digitalisierung zur Dezentralisierung“. Bundesratspräsident Bader übernimmt die Begrüßung und gibt eine Einführung in das Thema. Direktor Peter Bußjäger und Projektkoordinator Georg Keuschnigg vom Institut für Föderalismus stellen das Buch vor. (Stubenring 8-10, Großer Prunksaal)

Mittwoch, 11. Dezember 2019

08.30 Uhr: Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Themen werden u.a. der Klimaschutz und der mehrjährige Finanzrahmen sein. (Hofburg Segmentbogen, Lokal 7)

10.00 Uhr: Die Nationalratssitzung beginnt mit einer Aktuellen Stunde und einer Aktuellen Europastunde. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht dann eine mögliche Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre sowie die zukünftige Finanzierung des VKI. Debattiert wird auch über die erste Regierungsvorlage in der neuen Gesetzgebungsperiode, die der Budgetausschuss plenumsreif gemacht hat. Damit sollen im Zuge der Korruptionsbekämpfung Subventionsbetrug und Förderungsmissbrauch mit EU-Geldern als neue Tatbestände Eingang in das Strafgesetzbuch finden. Auch eine Reihe an ersten Lesungen steht am Programm. Darüber hinaus sollen weitere Fachausschüsse gewählt werden.

Nähere Informationen finden Sie in den Aussendungen „TOP im Nationalrat“ der Parlamentskorrespondenz. (Hofburg, Großer Redoutensaal)

Nach Schluss der Sitzung tagt der Unvereinbarkeitsausschuss.

12.00 Uhr: Nationalratspräsident Sobotka übergibt im Rahmen der Aktion „Ö3 Wundertüte“ vom Parlament gesammelte Handys an Georgi Lossmann-Iliev von „magdas Recycling“, Philipp Hansa von Ö3 sowie Michael Landau und Margit Draxl von der Caritas. (Hofburg, BesucherInnenzentrum)

13.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka trifft mit Frankreichs Botschafter François Saint-Paul zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Donnerstag, 12. Dezember 2019

17.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und der Böhlau Verlag laden gemeinsam zur Buchpräsentation „Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie“. Bundesratspräsident Bader begrüßt die Gäste, einleitende Worte kommen von Böhlau-Verlagsleiterin Waltraud Moritz. Danach spricht Autor Raoul Kneucker über das Buch. An der Podiumsdiskussion nehmen Zweiter Präsident des Nationalrats a.D. Heinrich Neisser, der ehemalige Rektor der Universität für Bodenkultur Manfred Welan sowie Elsa Hackl vom

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung teil. (Stubenring 8-10) (Schluss) keg/lan

HINWEIS: Aktuelle Termine finden Sie im Online-Terminkalender des Parlaments. MedienmitarbeiterInnen haben mit Presseausweis Zutritt zu Veranstaltungen. Sitzungen des Nationalrats und des Bundesrats können auch via Livestream mitverfolgt werden und sind als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar. Folgen Sie dem österreichischen Parlament auf Facebook, Twitter und Instagram oder melden Sie sich für ein kostenloses E-Mail-Abo der Parlamentskorrespondenz an.

"top-news.at" gefunden am 06.12.2019 10:08 Uhr

WWF: Über 5.500 WissenschaftlerInnen fordern starkes EU-Wasserrecht.

Offener Brief zum Schutz der Wasserrahmenrichtlinie – Unterstützung von mehr als 20 ForscherInnen aus Österreich



Brüssel / Wien, am 6. Dezember 2019. (OTS) – Um den katastrophalen Artenrückgang in Flüssen und Seen zu stoppen, richten sich mehr als 5.500 Forscherinnen und Forscher aus ganz Europa in einer gemeinsamen Erklärung an die EU-Kommission und fordern die Beibehaltung und konsequente Umsetzung des wichtigsten EU-Wasserschutzgesetzes – der Wasserrahmenrichtlinie. Die Umweltschutzorganisation WWF fordert die Politik auf, die Empfehlungen der Wissenschaft ernst zu nehmen. „Industrie- und Wirtschaftslobbys wollen den ökologischen Gewässerschutz aufgrund kurzfristiger Profitinteressen aufweichen und sabotieren. Daher müssen sich sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung im Zuge des aktuellen Fitnesschecks klar für die Wasserrahmenrichtlinie in ihrer jetzigen Form aussprechen. Zusätzlich muss die nationale Umsetzung endlich in die Gänge kommen“, fordert Bettina Urbanek vom WWF Österreich und nimmt vor allem die neue EU-Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen in die Pflicht. „Jede Abschwächung der Richtlinie würde den angekündigten ‚European Green Deal‘konterkarieren“, so die WWF-Gewässerschutzexpertin.

Weil die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie seit Jahren säumig sind, ist jede dritte Fischart in Europa gefährdet. Die Zahl der Amphibien erlebt einen steten Rückgang. Mehrere Arten sind gar vom Aussterben bedroht, auch bei Süßwasserinsekten gibt es erhebliche Verluste. Einer der Unterzeichner aus Österreich ist Assoz. Univ.-Prof. Dr. Steven Weiss, von der Universität Graz. Der Süßwasser-Biodiversitätsexperte bewertet die Wasserrahmenrichtlinie als „das beste Instrument, um auf EU-Ebene und in Österreich sicherzustellen, dass Europa langfristig über gesunde und widerstandsfähige Süßwasserkörper zur Unterstützung von Mensch und Natur verfügt“.

Der offene Brief zur Beibehaltung der Wasserrahmenrichtlinie wurde namentlich unterzeichnet von 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie zwölf Institutionen, die zusammen über 5.500 Forscherinnen und Forscher repräsentieren. Diese decken ein breites Forschungsspektrum zu gefährdeten Arten ab – von Amphibien über Fische bis hin zu Vögeln und Insekten. Aus Österreich haben insgesamt 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterzeichnet – unter anderem von der Universität für Bodenkultur, Universität Wien, Universität Graz, Universität Innsbruck, der Akademie der Wissenschaften und der Donau Universität Krems.

Laufend werden neue Unterschriften zur gemeinsamen Erklärung hinzugefügt. Der Offene Brief ist online zu finden unter:

[<https://scientists4wfd.com>] (<https://scientists4wfd.com>)

Vincent Sufiyan, WWF-Pressesprecher, Tel. 0676 83488 308, E-Mail: vincent.sufiyan@wwf.at

Bettina Urbanek, Gewässerexpertin WWF Österreich, Tel. 01/48817-275, E-Mail: bettina.urbanek@wwf.at

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS. www.ots.at

© Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender

"top-news.at" gefunden am 06.12.2019 12:44 Uhr

Die Parlamentswoche von 9. – 13. Dezember 2019

EU-Hauptausschuss, Nationalrat, Präsentation SORA-Demokratiemonitor, Buchpräsentationen



Wien (PK) – Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Zur Diskussion in der Nationalratssitzung am 11. Dezember stehen unter anderem eine Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre, die finanzielle Absicherung des Vereins für Konsumenteninformation für das kommende Jahr und die Einfügung neuer Straftatbestände in das Strafgesetzbuch zur Ahndung von Betrug mit EU-Geldern. Nationalratspräsident Sobotka lädt zur Präsentation des Demokratiemonitors des SORA-Instituts, Bundesratspräsident Bader zu den Buchpräsentationen „Raum neu denken“ und „Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie“.

Dienstag, 10. Dezember 2019

17.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und das Institute for Social Research and Consulting (SORA) laden zur Präsentation des Österreichischen Demokratie Monitors zum Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung. Martina Zandonella und Günter Ogris präsentieren seitens des SORA-Instituts die Forschungsergebnisse sowie zukünftige Implikationen für die Demokratie in Österreich. Die Nationalratsabgeordneten Nico Marchetti (ÖVP), Eva Maria Holzleitner (SPÖ), Michael Schnedlitz (FPÖ), Barbara Neßler (GRÜNE) und Yannick Shetty (NEOS) geben Statements ab. Parlamentssprecher Karl-Heinz Grundböck moderiert die Veranstaltung. (Hofburg, Dachfoyer)

17.00 Uhr: Eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats trifft mit Bundesratspräsident Karl Bader zu einer Aussprache zusammen.

17.30 Uhr: Der Immunitätsausschuss befasst sich mit den Ersuchen der Staatsanwaltschaft Leoben um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Wolfgang Zanger und der Staatsanwaltschaft Graz um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten Herbert Kickl. (Bibliothekshof, Lokal 6)

18.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und das Institut für Föderalismus laden gemeinsam zur Buchpräsentation „Raum neu denken -Von der Digitalisierung zur Dezentralisierung“. Bundesratspräsident Bader übernimmt die Begrüßung und gibt eine Einführung in das Thema. Direktor Peter Bußjäger und Projektkoordinator Georg Keuschnigg vom Institut für Föderalismus stellen das Buch vor. (Stubenring 8-10, Großer Prunksaal)

Mittwoch, 11. Dezember 2019

08.30 Uhr: Vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 12. und 13. Dezember wird der EU-Hauptausschuss zu seiner ersten Sitzung in der

neuen Gesetzgebungsperiode zusammentreten. Themen werden u.a. der Klimaschutz und der mehrjährige Finanzrahmen sein. (Hofburg Segmentbogen, Lokal 7)

10.00 Uhr: Die Nationalratssitzung beginnt mit einer Aktuellen Stunde und einer Aktuellen Europastunde. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht dann eine mögliche Aufschiebung der Ausreiseverpflichtung für abgewiesene AsylwerberInnen in Lehre sowie die zukünftige Finanzierung des VKI. Debattiert wird auch über die erste Regierungsvorlage in der neuen Gesetzgebungsperiode, die der Budgetausschuss plenumsreif gemacht hat. Damit sollen im Zuge der Korruptionsbekämpfung Subventionsbetrug und Förderungsmisbrauch mit EU-Geldern als neue Tatbestände Eingang in das Strafgesetzbuch finden. Auch eine Reihe an ersten Lesungen steht am Programm. Darüber hinaus sollen weitere Fachausschüsse gewählt werden.

Nähere Informationen finden Sie in den Aussendungen „TOP im Nationalrat“ der Parlamentskorrespondenz. (Hofburg, Großer Redoutensaal)

Nach Schluss der Sitzung tagt der Unvereinbarkeitsausschuss.

12.00 Uhr: Nationalratspräsident Sobotka übergibt im Rahmen der Aktion „Ö3 Wundertüte“ vom Parlament gesammelte Handys an Georgi Lossmann-Iliev von „magdas Recycling“, Philipp Hansa von Ö3 sowie Michael Landau und Margit Draxl von der Caritas. (Hofburg, BesucherInnenzentrum)

13.00 Uhr: Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka trifft mit Frankreichs Botschafter François Saint-Paul zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Donnerstag, 12. Dezember 2019

17.30 Uhr: Bundesratspräsident Karl Bader und der Böhlau Verlag laden gemeinsam zur Buchpräsentation „Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie“. Bundesratspräsident Bader begrüßt die Gäste, einleitende Worte kommen von Böhlau-Verlagsleiterin Waltraud Moritz. Danach spricht Autor Raoul Kneucker über das Buch. An der Podiumsdiskussion nehmen Zweiter Präsident des Nationalrats a.D. Heinrich Neisser, der ehemalige Rektor der Universität für Bodenkultur Manfred Welan sowie Elsa Hackl vom

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung teil. (Stubenring 8-10) (Schluss) keg/lan

HINWEIS: Aktuelle Termine finden Sie im Online-Terminkalender des Parlaments. MedienmitarbeiterInnen haben mit Presseausweis Zutritt zu Veranstaltungen. Sitzungen des Nationalrats und des Bundesrats können auch via Livestream mitverfolgt werden und sind als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar. Folgen Sie dem österreichischen Parlament auf Facebook, Twitter und Instagram oder melden Sie sich für ein kostenloses E-Mail-Abo der Parlamentskorrespondenz an.

Pressedienst der Parlamentsdirektion

Parlamentskorrespondenz

Tel. +43 1 40110/2272 pressedienst@parlament.gv.at <http://www.parlament.gv.at>
www.facebook.com/OeParl www.twitter.com/oeparl

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS. www.ots.at

© Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender

"regionews.at" gefunden am 06.12.2019 18:27 Uhr

Wien: Stadt Wien vergibt Wissenschaftlichen Förderpreis 2019

13 PreisträgerInnen ausgezeichnet



Vom Artenschutz bis zum Messsystem für Umweltdaten: Der Wissenschaftliche Förderpreis von der Stadt Wien – Umweltschutz wurde gestern bereits zum 22. Mal verliehen. Seitens der Stadt Wien – Wiener Wasser wurde erneut der Sonderpreis Wasser ausgelobt. Insgesamt war der Preis mit 15.000 Euro dotiert und wurde an 13 ambitionierte WissenschaftlerInnen vergeben.

Eine Jury aus Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Verwaltung wählte aus den zahlreichen interessanten Arbeiten jene auszuwählen, die letztlich prämiert wurden.

Überreicht wurden die Preise von Gerald Kroneder, dem stellvertretenden Leiter der Stadt Wien – Umweltschutz, Wolfgang Zerobin, dem Betriebsvorstand der Stadt Wien – Wiener Wasser und dem Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Umwelt und Wiener Stadtwerke, Erich Valentin.

Lange Tradition der Zusammenarbeit

Umweltausschussvorsitzender GR Erich Valentin betonte in seiner Eröffnungsrede, dass Wertschätzung und Garantie der Unabhängigkeit der Wissenschaft in Wien keine leeren Worte sind: „Die Stadt Wien hat eine lange Tradition in der engen Zusammenarbeit und tiefen Kommunikation mit den Universitäten. Ein ganz aktuelles Beispiel dafür ist die Einrichtung des Klimarates, in dem unabhängige WissenschaftlerInnen die Politik beraten.“

Der stellvertretende Leiter der Stadt Wien – Umweltschutz freute sich über die eingereichten Arbeiten: „Sie als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben Eigenschaften gezeigt, die der Umweltschutz unbedingt braucht. Sie haben die Initiative ergriffen, ein Umweltthema zu wählen, Sie waren kreativ bei Forschung und Ausarbeitung, Sie haben Mut gezeigt, Ihre Arbeiten bei uns einzureichen und nicht zuletzt haben Sie Ausdauer an den Tag gelegt, Ihr Studium abzuschließen und Ihre Arbeit zu verfassen. Menschen wie Sie braucht der Umweltschutz!“

Wolfgang Zerobin, Betriebsvorstand der Stadt Wien – Wiener Wasser schloss den Reigen der Eröffnungsreden und wies darauf hin, wie wichtig die Wissenschaft ist, um den hohen Standard der Wasserqualität in Wien zu halten: „Wasser unterliegt dem Lebensmittelrecht. Es ist uns daher ein großes Anliegen und unsere Pflicht, Forschung und Wissenschaft in diesem Bereich zu fördern, damit unser Wiener Trinkwasser auch in Zukunft in einwandfreier Qualität zur Verfügung steht.“

Unterschiedlichste Hochschulen – unterschiedlichste Themen

Die 13 PreisträgerInnen stammen von den unterschiedlichsten Hochschulen, vertreten waren die Universität Wien, die Technische Universität Wien, die Universität für Bodenkultur sowie die FH Technikum Wien.

Auf welcher unterschiedlichen Weise an das Thema Umweltschutz herangegangen werden kann, zeigte die große Bandbreite der Themen, welche die PreisträgerInnen in Ihren Arbeiten behandeln. Sei es im Bereich Artenschutz wie die Arbeit „Reproduktionserfolg und Fortpflanzungssystem der Adriatischen Riemenzunge“ oder mit der Arbeit „Die Erstellung eines Messsystems zur Erfassung und Auswertung von Umweltdaten und Kleinklima in Smart Cities“ in Bezug auf den Klimawandel. Alle Arbeiten weisen ein hohes Engagement und fachliche Kompetenz auf und zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutz einen hohen Stellenwert in den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Bereichen haben.

Quelle: Stadt Wien

"science.apa.at" gefunden am 06.12.2019 13:23 Uhr

Über 5.500 Wissenschaftler fordern in Erklärung starkes EU-Wasserrecht

Brüssel/Wien (APA) - Um den "katastrophalen Artenrückgang in Flüssen und Seen zu stoppen", haben sich mehr als 5.500 Forschende aus ganz Europa in einer gemeinsamen Erklärung an die EU-Kommission gewandt.



Sie fordern die Beibehaltung und konsequente Umsetzung des wichtigsten EU-Wasserschutzgesetzes – der Wasserrahmenrichtlinie, berichtete die Umweltschutzorganisation WWF.

Der offene Brief zur Beibehaltung der Wasserrahmenrichtlinie wurde namentlich unterzeichnet von 500 Wissenschaftlern sowie zwölf Institutionen, die zusammen über 5.500 Forscher repräsentieren. Diese decken ein breites Forschungsspektrum zu gefährdeten Arten ab - von Amphibien über Fische bis hin zu Vögeln und Insekten. Aus Österreich haben insgesamt 20 Wissenschaftler unterzeichnet, unter anderem von der Universität für Bodenkultur, Universität Wien, Universität Graz, Universität Innsbruck, der Akademie der Wissenschaften und der Donau Universität Krems.

"Industrie- und Wirtschaftslobbys wollen den ökologischen Gewässerschutz aufgrund kurzfristiger Profitinteressen aufweichen und sabotieren. Daher müssen sich sowohl die EU-Kommission als auch die Bundesregierung im Zuge des aktuellen Fitnesschecks klar für die Wasserrahmenrichtlinie in ihrer jetzigen Form aussprechen. Zusätzlich muss die nationale Umsetzung endlich in die Gänge kommen", forderte Bettina Urbanek vom WWF Österreich.

"science.apa.at" gefunden am 06.12.2019 11:56 Uhr

Hackathon-Hauptpreis geht an interdisziplinär aufgestelltes Team, darunter drei Forstwirtschaft-Studenten der BOKU

Wien (BOKU) - Die Sieger überzeugten mit neuartigem Laservermessungs-Konzept zur Nachverfolgung von Holz.

Von 27. bis 29. November fand das erste Evergreen Innovation Camp im Format eines Hackathons an der Universität für Bodenkultur Wien statt. 70 Studierende von 18 Universitäten und Fachhochschulen aus drei Ländern nahmen daran teil. In zwölf Teams arbeiteten sie an der Challenge, innovative und ökonomisch umsetzbare Lösungen zur Nachverfolgung von Holz - von der Ernte im Wald bis zur Ankunft im Sägewerk - zu finden.

"Neu bei diesem Hackathon war die Zusammensetzung der Teams: Studierende der Forst- und Holzwirtschaft, der Informatik, Chemie, Logistik und Mathematik waren vertreten. Die Durchmischung der Fachrichtungen eröffnete daher neue Herangehensweisen und Lösungsansätze", betonte Georg Erlacher, Stiftungsvorstand der Evergreen Privatstiftung.

Rektor Hubert Hasenauer war schon in der Planungsphase des Hackathons Feuer und Flamme für das Thema. "Die BOKU wurde 1872 aus Sorge um die Nachhaltigkeit gegründet. Damals hat man sich bewusst für ein besonderes Ausbildungskonzept - die Verknüpfung von technischen mit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften - entschieden. Wenn wir heute sehen, welche Aufgaben auf uns zukommen, sind es genau diese interdisziplinären Ausbildungskonzepte, die zu Innovation und zu neuem Wissen führen", so Hasenauer.

Im Rahmen der Abschlussveranstaltungen, die vergangenen Freitag im Festsaal der BOKU stattfand, präsentierten die zwölf Teams ihre erarbeiteten Projekte in Final Pitches (Kurzvorträgen) und stellten sich den Fragen der Expertenjury. Anwesende Gäste waren u.a. Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Maria Patek, BOKU-Rektor Hubert Hasenauer sowie Vertreter führender Unternehmen und Verbände.

Der Hauptpreis von 10.000 Euro ging an das Team "TreelD", bestehend aus einem Informatik-Studenten der Uni Salzburg, drei Studierenden der Forstwirtschaft der BOKU und einem BWL-Studenten der WU Wien. Diese Fünf entwickelten ein Konzept, das auf den Abgleich von Laservermessungsdaten aus dem Wald und im Werk basiert. Vor der Ernte werden die stehenden Bäume mittels Laserabtastung vermessen. Stammkontur und die Astverteilung sind so eindeutig, dass eine Wiedererkennung in der Lieferkette möglich sein soll.

Rückfragehinweis:

Mag. Astrid Kleber

Öffentlichkeitsarbeit

Public Relations Universität für Bodenkultur Wien (BOKU)

University of Natural Resources and Life Sciences

Vienna Gregor Mendel-Straße 33, 1180 Wien (Vienna), Austria

Tel.: +43 (0)1 476 54 - 10423 astrid.kleber@boku.ac.at www.boku.ac.at